

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Mißbrauch, der zum Himmel schreit.

„Die christliche Organisation der Metallarbeiter muß vernichtet werden“, so wollten es die sozialdemokratischen Führer in Bielefeld. Der schwächste und brutalste Terrorismus führte nicht zum Ziel; da wurde ein Streik friivol vom Zaune gebrochen, um die Firma Görcke den Machtgelüsten der Sozialisten gefügig zu machen. Doch auch das Mittel erwies sich als erfolglos, der verwerfliche Plan scheiterte an der Widerstandskraft der christlichen Organisation und dem Bekennermüt seiner Mitglieder. Der christliche Metallarbeiterverband hatte in zwei Monaten einen Zuwachs von 120 Prozent und steht heute in Bielefeld mächtiger da als je vorher.

Nun aber die Rehrseite, die Kostenrechnung dieses verwerflichen Kampfes: Schon neun Genossen sind wegen Terrorismus gerichtlich verurteilt; eine Anzahl liegen arbeitslos auf der StraÙe. Das sind die persönlichen Opfer dieses abscheulichen Kampfes. Dazu kommen jetzt die materiellen Kriegskosten. Laut Bericht der sozialdem. Ortsverwaltung in Nr. 29 der „Vollwacht“ zahlte der o. a. b. Metallarbeiterverband im IV. Quartal 1907 an Streitunterstützung 23757 Mk. aus. Diese Summe entfällt beinahe vollständig auf den unnützen „Streik“ bei Görcke. Dazu kommt aber noch die Summe der Streitunterstützung bis Ende Januar, da der Kampf bekanntlich erst am 27. Januar als beendet erklärt wurde. 35000 Mk. werden da kaum genügen, die für einen verwerflichen, schwächvollen Kampf gegen eigene Standesgenossen, gegen christliche Arbeiter, verschleudert wurden. Diese 35 000 Mk. aber sind ArbeitergroÙen, die für andere Zwecke bestimmt waren und die viel Not und Elend hätten mildern können.

So wird in sozialdemokratischen Verbänden gemißbraucht. Das ist ein Mißbrauch der Organisation und ihrer Mittel, der wahrlich zum Himmel schreit. — Deshalb hinaus aus solchen Verbänden, hinein in die christlichen Organisationen!

Zur Arbeitskammervorlage.

Was lange währt, das wird auch gut, kann man leider nicht von dem Gesetzesentwurf betreff Arbeitskammern (Siehe vorige Nummer) sagen, den die Regierung am 4. Februar, genau 18 Jahre nach dem diesbezüglichen kaiserlichen Versprechen, veröffentlicht hat. In den vielgenannten kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 heißt es:

„Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt sind und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter vorläufig zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.“

Bald zwei Jahrzehnte hat die Regierung geögert, dieses Kaiserwort einzulösen und was sie nunmehr in dem vorliegenden Entwurf den Arbeitern bietet, ist — um es gerade heraus zu sagen — eine große Enttäuschung. So haben sich weder die Arbeiter noch die Sozialpolitiker die Institution der Arbeits-

kammern gedacht, wie sie in den Regierungsentwurf vorgesehen ist. In der vorliegenden Form hat das Gesetz für die Arbeiter nicht nur keinen Wert, sondern auch noch ganz gefährliche Schwächen und ist deshalb in dieser Form als unannehmbar zu bezeichnen. Der Gesetzesentwurf bedarf einer ganz gründlichen Umarbeitung, sowohl nach der formellen wie inhaltlichen Seite, wenn er nur halbwegs den Anforderungen entsprechen soll, die von der christlich-nationalen Arbeiterschaft gestellt werden. Mit einer Sozialreform, wie sie dieser Entwurf annimmt, der sich den sozialpolitischen Regierungsvorlagen der letzten Jahre — wir erwähnen: Reichstags- und Vereinsrecht — ebenbürtig in bezug auf Mängel und Schwächen an die Seite stellen kann, wird das Vertrauen der christlich-nationalen Arbeiterschaft zur Regierung wahrlich auf eine harte Probe gestellt.

Betrachten wir uns die Arbeitskammervorlage etwas genauer, so fallen uns zunächst drei schwerwiegende Hauptfehler ins Auge, die im nachhinein näher erklärt seien. Diese drei Punkte betreffen: 1. den organisatorischen Aufbau; 2. den Geltungsbereich; 3. das Wahlverfahren. Mühsam drei Fragen, von denen zunächst das Vertrauen der Arbeiter zu dieser Institution, ihr Wirkungsbereich und damit auch der ganze praktische Erfolg abhängig ist.

Der organisatorische Mangel.

den die Regierungsvorlage für die Arbeitskammern vorschlügt, ist u. E. sehr unglücklich. Der Entwurf sieht sachliche Berufskammern vor, unter Anlehnung an die Organisationen der Unfallberufsgenossenschaften, deren Bezirksbeziehungsweise Sektionseinteilung. Es wird also für je eine Berufsgenossenschaft eine Arbeitskammer geschaffen und je nachdem auch entsprechende Unterabteilungen. Ueber die Art und Tätigkeit der Unterabteilungen ist im Entwurf nichts gesagt und auch die mangelhaften Motive gehen darüber keine schließliche Auskunft. Man darf also annehmen, daß eine allgemeine lokale Arbeitskammer im Rahmen eines größeren Bezirkes oder einer Großstadt nicht errichtet wird. Damit wird aus dem ganzen Arbeitskammerprojekt der wichtigste Teil herausgelassen. Wo und wie die Arbeitskammerfrage behandelt worden ist, in der Literatur, Presse, bei den parlamentarischen Verhandlungen, ist stets das größte Gewicht gelegt auf eine allgemeine lokale Arbeitskammer. Sie sollte gewissermaßen eine Art sozialer Behörde werden, in der Arbeiter und Arbeitgeber nicht nur zur Lösung reiner Berufs- und Interessenfragen zusammenwirken, sondern auch für weitere allgemeinere soziale Aufgaben. Es ist bedauerlich, daß die Vorlage dieser Punkt unberücksichtigt läßt.

Die Betätigung im lokalen Rahmen verspricht die denkbar erfolgreichste Arbeitsweise. Es sei hier erinnert an die Regelung des Arbeitsvermittlungswesens, der Arbeitslosenfürsorge, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, des Logierwesens für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, die gemeinnützigen Einrichtungen und Wohlfahrtsbestrebungen usw. Im lokalen Rahmen wäre auch am allerehesten eine fruchtbare Tätigkeit der paritätischen Arbeitskammern zu erwarten. Die Verhältnisse sind hier auch für den einfachen Arbeiter übersehbar, sie liegen ihm nahe, er kann sich schnell orientieren, er hat bei seinen Kameraden in der nächsten Umgebung eine wirkungsvolle Stütze und Hilfe. Ganz besonders können die Arbeiterorganisationen die Bestrebungen der lokalen Arbeitskammern namhaft unterstützen.

Nicht zuletzt aber ist die Schlichtung und Hintanhaltung von Differenzen, Streiks und Auspöhrungen am besten im lokalen Rahmen möglich. Es kommt doch hierbei nicht nur in Frage, ausgebrochene Differenzen später zu schlichten, herauszugeben noch schwereren, harten Kämpfen, sondern am notwendigsten ist, gleich bei Entstehung der Differenzen zur Hand zu sein, zur Vermittelung und zur Versöhnung. Es ist eine alte Erfahrungstatsache im Gewerkschaftsleben: Sind ein-

mal die Geister aufeinandergeplagt, und sind Hülfe und drüber harte Worte gefallen, so ist es ungemein schwer, wieder ersprießliche Verhandlungen anzubringen. Nur durch rasches Eingreifen zwischen den streitenden Personen lassen sich schlimme Folgen verhüten, und die lokale Arbeitskammer ist dazu am geeignetsten.

Infolge der Bedeutung, welche man allgemein den lokalen Arbeitskammern beigemessen hat, ist an den Gedanken entstanden, dieselben an die Gewergerichte anzulehnen. Der Anschluß der Arbeitskammern an die Gewergerichte dürfte viel erfolgreicher sein, als die jetzigen Vorschläge der Regierung. Es kommt nicht darauf an, die Gewergerichte mit den Aufgaben der Arbeitskammern betrauen, sondern den Wahlkörper des Gewergerichts gleichzeitig zum Träger einer lokalen Arbeitskammer zu machen. Im übrigen ist es auch ganz unbedenklich, wenn die Beisitzer im Gewergericht neben ihrer richterlichen Funktion zu einer anderen und an anderer Stelle als Beiräte und Beisitzer der Arbeitskammern fungieren würden. Die Arbeiterschaft wird aber grundsätzlich an dem Gedanken festhalten müssen, den sie seither stets vertreten hat, lokale oder Bezirkskammern als Unterbau. Eine weitere Gliederung könnte sich dann im Sinne der Regierungsvorlage vollziehen, indem für Provinzen, oder auch in den Grenzen von berufsgenossenschaftlichen Organisationen weitere Kammern errichtet würden mit der Spitze ein Reichsarbeitsamt. Den beruflichen und sachlichen Interessen der Industrie läßt sich auch in die Organisationsform entsprechend Rechnung tragen. Bedarf dazu nur der Bestimmung für die Wahl, daß für bestimmte Gewerks- und Berufszweige eine bestimmte Anzahl von Beisitzern zu den Lokalkammern zu wählen sind. Diese könnten ihrerseits der Lokalkammer, wenn nötig, bestimmte Berufs- und Sachfragen beraten und lösen und weiterhin die Vertreter ihrer Industriegruppe für die höheren Kammern wählen.

Der Vorschlag der Regierung, die Arbeitskammern für den Bereich der berufsgenossenschaftlichen Organisationen zu schaffen, hat aber auch aus einem anderen Grunde schwere Bedenken. Die Berufsgenossenschaften sind bei den Arbeitern wenig beliebt. In der Verwaltung der Berufsgenossenschaften haben die Arbeiter nichts zu sagen, da herrschen die Unternehmer uneingeschränkt. Infolgedessen vermißt man bei den Vorständen der Berufsgenossenschaften vielfach den sozialen Weitblick. Ihre Tätigkeit ist im wesentlichen eine verwaltungstechnische.

Im übrigen beschränkt sich ihre soziale Wirksamkeit auf die Festsetzung der Rente für verletzte Arbeiter. Eine besondere Qualifikation für die Arbeitskammern kann deshalb den Berufsgenossenschaften nicht zugesprochen werden. Dadurch aber, daß für je eine Berufsgenossenschaft eine Arbeitskammer gebildet wird, erhalten wir ein Institut, das gewissermaßen in der Luft hängt, eine Einrichtung, der die enge Verbindung mit dem Volke, mit den Arbeitern wie auch mit den Arbeitgebern vollständig fehlt.

Der Geltungsbereich

Der in dem neuen Gesetz vorgesehenen Arbeitskammern kann ebenso wenig befriedigen, wie der geplante Aufbau. Die Begrenzung des Personenkreises ist zu eng. Nur die Industrie soll unter das Gesetz fallen, sodas es nach dem Entwurf überhaupt keine Arbeitskammern, sondern Industriekammern sein würden. Zunächst soll die Landwirtschaft ausgeschlossen sein. Das ist ein neues Unrecht gegen den Landarbeiter. Es muß doch endlich mit der Anbahnung der Landwirtschaft in der sozialen Gesetzgebung ein Ende gemacht werden. Und bei den schlimmen Katastrophen, die gegenwärtig in den Landarbeiterverhältnissen bestehen, wäre vielleicht eine ländliche Arbeitskammer mit sozialen Aufgaben nicht so notwendig wie die Industriekammer

Außerdem sind die handwerksmäßigen Betriebe ausgeschlossen. Damit ist der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Für folgende Berufe z. B. wird es also Arbeitskammern nicht geben: Holzarbeiter, mit Ausnahme der Sägemühlen usw., Schneider, Schuhmacher, Bauhandwerker, Wärfreier usw. Berufsfähige Arbeitskammern werden nur möglich sein in der Textilindustrie, Großindustrie und im Bergbau. Es soll zugegeben werden, daß gerade in den letztgenannten Großindustrien eine Vertretung der Arbeiter am notwendigsten erscheint, aber deshalb ist sie für die übrigen Berufe durchaus nicht überflüssig. Es wird auch ohne Kompetenzkonflikte nicht abgehen. Wie will man in ein und derselben Berufs-genossenschaft die handwerksmäßigen von den Fabrikbetrieben abtrennen? Bis heute ist es noch nicht gelungen, eine passende und maßgebende Unterscheidung zwischen Handwerksbetrieb und Fabrikbetrieb zu finden. Die jüngste Novelle zur Gewerbeordnung läßt denn auch vollständig den Ausdruck „Fabrik“ fallen und nur noch den Ausdruck „Betrieb“. Zum mindesten wäre deshalb zu verlangen, daß die Arbeitskammern Geltung erhalten für alle Betriebe, gleichviel ob handwerksmäßig oder fabrikmäßig. Es wird deshalb eine ganz erhebliche Ausdehnung des Personenkreises, der auch dem allgemeinen Zweck der Arbeitskammern näher kommt, zu erstreben sein.

Das Wahlverfahren

wie es der Entwurf vorsieht, ist praktisch schwer durchführbar und so reaktionär, daß es für die organisierte Arbeiterschaft ganz allein genügen würde, um der Vorlage ein unannehmbar gegenüber zu stellen. Arbeitskammern auf Grund eines solchen „Wahlrechts“ hätten keinen Funken Vertrauen in der Arbeiterschaft und damit wäre ihr Schicksal auch besiegelt. Das wäre aber auch direkt gegen den Sinn der kaiserlichen Februarverträge, wo es ausdrücklich heißt: „Durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen“. Soll den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche ermöglicht werden. Das in der Vorlage bestimmte Wahlverfahren ist himmelweit davon entfernt.

Die Vertreter der Arbeitskammern sollen gewählt werden zur Hälfte von den Arbeitsauschüssen — die anderen größtenteils noch gar nicht bestehen — und zur anderen Hälfte von den Unfallversicherungskommissionen, welche den Berufsgenossenschaften als Arbeiterbeiräte beigegeben sind. Die letzteren werden gewählt von den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalt. Wie man dazu kommt, diese Kommissionen, von deren Tätigkeit der größte Teil der Arbeiterschaft nichts weiß, mit zum Wahlkörper der Arbeitskammern zu machen, ist unerfindlich. Ungenügend hat man diesen Wahlapparat genommen, um an einer allgemeinen Wahl vorbeitzukommen. Bei der beruflichen Gliederung, welche der Entwurf vorsieht, sind allerdings solche allgemeine Wahlen sehr schwer zu tätigen. Unter der Voraussetzung, daß ein Gesetz zustande käme mit lokalen Arbeitskammern, wäre nichtbesoweniger die allgemeine direkte Wahl am Platze. Wenn man diese absolut vermeiden will, so sollte man die Gewerbegerichtsmaßkörper auch für die Arbeitskammern nehmen.

Besonders große Bedenken haben die Arbeiter gegen die Arbeiterauschüsse als Träger der

Arbeitskammern. Es müssen vorher allerdings die Arbeiterauschüsse obligatorisch eingeführt werden, und der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen hat seinerzeit ausdrücklich diese gesetzliche Einführung verlangt. Ob die Regierung dieses Verlangen erfüllen wird, geht aus den Motiven nicht hervor. Aber wenn auch die Arbeiterauschüsse allgemein eingeführt sind, so eignen sie sich trotz alledem nicht als Wahlkörper für die Arbeitskammern. Zunächst sind die Arbeiterauschüsse den Beeinflussungen der Arbeitgeber und ihrer Angestellten viel zu sehr ausgesetzt, als daß sie stets unabhängig und frei die Wahl betätigen würden. Es ist die allbekannte Klage der Arbeiter, daß Mitglieder der Arbeiterauschüsse, wenn sie sich unbeliebt machen durch ihr Eintreten für die Wünsche der Arbeiter, viele Unannehmlichkeiten bei ihrer Arbeit haben und nicht selten entlassen werden. Diese Gefahren werden sich in ganz erheblichem Maße steigern, wenn Mitglieder der Arbeiterauschüsse in der Arbeitskammer die Interessen der Arbeiter vertreten sollten.

Die Mitglieder der Arbeiterauschüsse sind ausschließlich Leute, die in der praktischen Arbeit stehen, und die infolgedessen eine so weitgehende soziale Bildung nur ausnahmsweise haben können, um in der Arbeitskammer erfolgreich tätig zu sein. Sie kennen den Rahmen des einzelnen Betriebes, wo es fast um nahe liegende Verhältnisse handelt, kann der Arbeiterauschuss angeschlossen wirken, und deshalb sind auch die Arbeiterauschüsse allgemein zu erstreben. Man denke sich aber diese einfachen Leute in der Arbeitskammer mit den Vertretern der Berufsgenossenschaften zusammen, größtenteils akademisch gebildeten Leuten, die Zeit und Mühe haben, sich um ihre Arbeitgeberinteressen reichlich zu kümmern, denen persönlich oder durch ihre Organisationen Generalsekretäre zur Verfügung stehen, man denke sich mit diesen Leuten den einfachen Arbeiter zusammen über sozialpolitische Aufgaben verhandeln. Bei dem besten Willen, bei der größten Energie können die Arbeiter nicht so ihre Interessen wahren, wie dies wünschenswert und nötig ist.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Interessenvertretungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, sind nach dem Entwurf der Regierung von den Arbeitskammern vollständig ausgeschlossen. Wenn aber die Arbeitskammer kein selbständiges Organ werden soll, so muß ihr die bezeichnende Mitarbeit der Interessentkorporationen, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gesichert werden, in irgend einer Form. Wie will eine Arbeitskammer Tarifabschlüsse tätigen, den Frieden im Gewerbe sichern, ohne daß sie die Korporationen zur Mitarbeit heranzieht, in deren Hand in erster Linie Friede und Frieden liegt; die in erster Linie berufen sind, die Berufsabschlüsse zu tätigen? Wer die Entwicklung des Tarifwesens in jüngerer Zeit aufmerksam verfolgt, der wird finden, daß ohne die Gesetzgebung in verschiedenen Bereichen sich bereits eine Art freiwilliger Arbeitskammern vorbereitet. Der Bundesdiensttarif mit seinem musterhaft arbeitenden Tarifamt findet bereits Nachbildung im Baugewerbe, in der Holzindustrie, im Maler- und Anstreicher-, sowie im Schneidergewerbe. Wenn auch die hier geschaffenen Institutionen, die sogenannten Schiedsgerichte und Tarifämter, sich vorerst noch auf die rein sachlichen und beruflichen Streit-

fragen beschränken, so steht im späteren Stadium der Entwicklung gar nichts im Wege, die freiwillige Tätigkeit derselben auch auf andere soziale Gebiete auszudehnen. Und diese Korporationen schließt der Entwurf der Regierung von der Mitarbeit an den Arbeitskammern vollständig aus. Das ist eine der bedenklichsten Lücken des Entwurfes, an dem außer den hier Angeführten noch vieles auszusagen ist, was wir uns noch vorbehalten.

Dessenungeachtet können wir aber heute schon sagen, daß wir uns für Arbeitskammern nach dem Muster dieser Vorlage entschieden bedanken müssen. Das würde nur ein Zerbild dessen sein, was die Arbeiter erhofft haben. Arbeitskammern sind's nicht, Industriekammern ist auch ein bequemer Ausdruck, was ist es nun eigentlich, was nach dem Entwurf der Regierung herauskäme? Die beste Antwort auf diese Frage scheint uns die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ Nr. 6 gegeben zu haben und ihre Sympathie für den Entwurf wird die organisierten Arbeiter noch besonders stutzig machen können. Das genannte Unternehmerorgan schreibt:

„Wir stellen fest, daß die projektierten Arbeitskammern keine Berufsvertretungen nach dem Vorbilde der Handelskammern, sondern Beiräte nach dem Vorbilde der Eisenbahnbeiräte sind. Daß das so sein muß, ist natürlich, (? Red.) denn wenn man Arbeitgeber und Arbeiter, zwei ihrem Wesen und insbesondere der letzten Entwicklung unferer sozialen Gesetzgebung nach zwei ganz verschiedene Elemente in einer Körperschaft vereinigt, so liegt es auf der Hand, daß diese Körperschaft keine Interessenvertretung eines Berufes, sondern der Schauplatz sein wird, auf dem diese Interessen zweier Berufsgruppen aufeinanderstoßen. Mit ungefähr gleichem Rechte könnte man etwa Handelskammern und Landwirtschaftskammern in „Wirtschaftskammern“ vereinigen wollen. Sollen nun dessen ungeachtet die Träger entgegenstehender Interessen in einer Körperschaft sich nähergebracht werden, so kann das eben nur in der Form geschehen, welche für die Eisenbahnbeiräte gewählt worden ist. Das haben auch die Verfasser des Gesetzesentwurfes über Arbeitskammern eingesehen und danach gehandelt; sie haben nur nicht gewagt, das Kind beim richtigen Namen zu nennen und die angeleglichen Arbeitskammern als „Arbeitsbeiräte“ zu bezeichnen.“

Das ist offen gesprochen und ein deutlicher Beweis dafür, daß der Reichstag den Entwurf an Haupt und Gliedern umgestalten muß, wenn das neue Gesetz den von ihm erhofften reichsweiten Erfolg für unser Wirtschaftsleben zeitigen soll.

Gruppische Pensionstafel

In dem Prozeß mehrerer Arbeiter gegen die Pensionstafel der Firma Krupp in Essen auf Herauszahlung der Beiträge hatte unser christlicher Metallarbeiterverband ein Gutachten des Herrn Prof. Vothmar-Bern eingeholt, der als Autorität auf diesem Gebiet großes Ansehen genießt und dessen Ausführungen für das „Wohlfahrts“-System der Krupp'schen Pensionstafel geradezu vernichtend sind. Davon allgemeinem Interesse, geben wir im nachfolgenden das hauptsächlichste aus dem Gutachten wieder. Professor Vothmar führt u. a. aus:

Der § 15 des Pensionstafel-Statuts, welcher lautet: „Mit dem Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Dienste der Firma Krupp erlöschen alle Ansprüche desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionstafel“, verneine offenbar den Anspruch auf

Die Praxis des Emaillierens.

(Nachdruck verboten.)

HR. Alle zu emaillierenden Gegenstände, mögen diese nun einfache Platten oder Hohlgefäße sein, erfordern eine gleiche Behandlung. Zunächst ist stets eine Grundschicht anzubringen, auf welche dann erst die eigentliche Decke kommt.

Betrachten wir nun vorerst, indem wir zunächst die stärksten Bestandteile, auf die wir später zurückkommen werden, außer Betracht lassen, die Zusammenlegung des Emails, so zeigt sich besonders bei der Zusammenlegung der Grundschicht bei den verschiedenen Verfahren eine wesentliche Verschiedenheit. Was die Verwendung von Blei hierbei anlangt, so kann dieselbe bei Schälben und anderen ähnlichen Gegenständen ohne Bedenken erfolgen, während sie für Gegenstände, die zum menschlichen Gebrauche bestimmt sind, Giftgehirne etc., wegen der Gefahr von Giftschädigungen durch Bleivergiftung gänzlich ausgeschlossen ist.

Der häufigste Fall, den man erleidet man mit der Mischung von Blei, Zinn, Borax. Diefelbe wurde, nachdem sie lange Jahre lang im Gebrauch gewesen, durch die folgende Mischung ersetzt: Borax, Bleimennige, Borax, Zinn. In diesen Borax und Zinn die Flussmittel, während der Zinn die Masse reinigen soll. Einige weitere Mischungen haben die folgende Zusammenlegung: Zinn, Bleimennige und calcinierter Borax, Zinn, Borax, Zinn und nach dem Vermahlen mit gewählter Kieselerde, Ton, Magnesia gemischt. Einen sehr hohen Schmelzpunkt ergibt die folgende Zusammenlegung: Kieselerde und Borax zusammen geschmolzen und mit Kieselerde, Ton, Magnesia zusammen vermischt. Der Schmelzpunkt liegt

wesentlich niedriger, wenn man eine Fritte aus Kieselerde, Borax und Feldspath mit Ton, Feldspath und Magnesia zusammen vermischt.

Bei der Bestimmung der prozentualen Zusammenlegung der einzelnen Mischungen ist zu berücksichtigen, daß hier allgemein gültige Regeln nicht aufgestellt werden können. Die Materialien variieren in ihrer Zusammenlegung und Reinheit; die Temperatur der Fritte ist nicht überall und immer die gleiche. Ferner ist die Art, in der das Vermahlen und Röhren erfolgt, stets einen gewissen Einfluß aus auf den Charakter der Schmelze. Die Mischungen werden auf das Metall entweder trocken oder naß aufgetragen. Vor einigen Jahren war das trockene Einstäubverfahren ziemlich allgemein üblich; dasselbe ist heute jedoch meist durch das nasse Verfahren verdrängt, das weniger schwierig in seiner Anwendung ist, eine gleichmäßigere Stärke der Schicht ergibt und zugleich weniger kostspielig wird. Bei dem Einstäubverfahren wird die zubehandelnde Fläche zuerst mit einem in eine Gummilösung getauchten Lappen eingerieselt und dann das Pulver durch ein Sieb vorsichtig darauf gehäuft, worauf dann das Schmelzen zu erfolgen hat. Wird das nasse Verfahren angewandt, so werden die Gegenstände je nach ihrer Art entweder in die Flüssigkeit eingetaucht, oder es wird diese durch Uebergießen oder mit einem Pinsel angebracht. Die Stellen, welche keine Decke erhalten sollen, werden abgewischt und ebenso größere Mengen, die sich etwa an einzelnen Stellen ansammeln sollten, entfernt. Vor dem eigentlichen Schmelzen dieser Decke hat man erst noch ein Trocknen derselben zu erfolgen. Die Grundschicht muß stets gleichmäßig und glatt sein, frei von Sprüngen und Löchern. Im Verlaufe dieses Prozesses ist ein langsames Abkühlen von größter Wichtigkeit. Geschieht die Abkühlung zu schnell, so springt die Schicht leicht ab,

jedenfalls aber wird der Zusammenhalt von Metall und Emailschicht sehr ungünstig beeinflusst.

Im allgemeinen ist die nächste Schicht eine weiße, und es hängt von der Art des Gegenstandes, dem Charakter des Emails und der Art des Aufbringens desselben ab, ob nur eine Decke oder deren mehrere aufzubringen sind. Im großen und ganzen besteht die weiße Schicht aus einem Glas, welchem zur Erzielung der undurchsichtig weißen Farbe Zinnoryd, Bleioryd oder andere geeignete Substanzen zugesetzt werden. Der Schmelzpunkt der Mischung muß tiefer liegen als der Grundschicht; denn wenn die Schmelzpunkte beider Decken die gleichen wären, so würde der Erfolg der sein, daß die untere, graue Schicht beim Aufschmelzen der zweiten wieder aufschmelzen würde, wodurch nicht nur der Zusammenhalt mit der Metallfläche gestört, sondern auch die Reinheit der weißen Farbe der Deckschicht beeinträchtigt würde. Manchmal wird auch Knochenasche angewendet, da sich dieselbe leicht in gleichmäßiger Verteilung in der Schmelze erhält und sich nicht zu Boden setzt. Indessen findet Zinnoryd weit ausgedehntere Verwendung als Knochenasche und Bleioryd. Das Blei ist mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden, erstens, weil es eine spezielle und mühsame Behandlung erfordert, zweitens, weil es eine gelbliche Lösung des Weiß hervorruft und drittens, weil es der Einwirkung von Säuren nicht widersteht.

Heute sind allgemein Emailmischungen mit Glas- oder Porzellanengehalt im Gebrauch, obwohl Jahre hindurch die Erfahrungen der Fabrikanten, die Glas benutzten, nicht zufriedenstellend waren. Verbesserungen in der Zusammenlegung der Mischung und in den Arbeitsmethoden haben jedoch bewirkt, daß das Glas heute ein höchst nützliches und sehr wertvoller Bestandteil des Emails geworden ist. Nur reines, weißes Bruchglas

Rückzahlung nicht. Er lasse erlöschen die Ansprüche, die aus der Mitgliedschaft, nicht die, welche aus dem Aufhören der Mitgliedschaft entstanden seien. Erlöschen könne aber nur ein bestehender Anspruch und ein Anspruch auf Rückzahlung könne allererst mit dem Ausscheiden entstehen. Das Rassenstatut bejahe oder verneine die Rückzahlungspflicht weder direkt oder ausdrücklich. Betrachte man die Rückzahlungspflicht, wie das der Beklagte und das Gewerbegericht tue, als verneint, dann könne man zwar von der Kasse nichts zurückverlangen, aber möglicherweise gerade darum vom früheren Arbeitgeber. Für die Annahme der Nichtigkeit des Rückzahlungsverbotens wegen Verstöße gegen die guten Sitten seien folgende Tatsachen ohne Belang, welche bisher der Behauptung der Nichtigkeit entgegengehalten worden seien: daß es zunächst noch andere Pensionskassen gebe, welche die Rückzahlung ausschließen. Allein die Frequenz eines Vorkommnisses verbürge keineswegs seine rechtliche und moralische Zuverlässigkeit. Außerdem gebe es nicht wenige Kassen, die in Statut die Rückzahlung vorsehe. Daß das vorliegende Statut, wie die ähnlichen anderer Kassen vor ihrer Anwendung höheren Beamten zur Prüfung vorgelegen habe und unbeantwortet geblieben sei, damit werde die zivilistische Gültigkeit der streitigen Bestimmung nicht entschieden und der richterlichen Prüfung dieser Gültigkeit nicht präjudiziert. Daß weiter der Arbeitgeber der Kasse erhebliche Zuwendungen mache und eine große Zahl der Personen der Kassenleistungen schon reichhaltig geworden seien. Für die moralische und juristische Bewertung der fraglichen Bestimmung sei das ohne Belang und ohne Einfluß auf die Würdigung der Nichtigkeit derjenigen, deren Mitgliedschaft zu Ende gegangen sei. Wenn nun eingewandt werde, daß es sich hier nicht um eine Spar-, sondern Versicherungskasse handle, deren Beitritt ein aleatorischer Vertrag sei, dessen Mißerfolg von den Partizipierenden getragen werden müsse, so sei zu bedenken, daß die vorliegende Kasse so gestaltet sei, daß sie bei diesem „aleatorischen Vertrag“ niemals zu kurz komme. Mit dem Argumente, daß die Nichtrückzahlung eine versicherungstechnische Notwendigkeit sei, könne der Verfall der Beiträge nicht verteidigt werden. Ganz abgesehen davon, daß es eine ganze Reihe Kassen gebe, welche die Beiträge zurückzahle, müßte in der Tat die Grundlage geändert werden, wenn sie in einem Punkte mit Recht und Moral nicht im Einklang sein sollte. Allen Einwänden gegenüber sei insbesondere nicht aus dem Auge zu lassen, daß die Versicherten Proletarier, d. h. auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen seien, die nicht bequem in der Lage seien, gegenwärtig ein Opfer zu bringen, um künftig einen Vorteil zu erlangen, dessen Erlangung unwahrscheinlich sei, und daß der Beitritt immer und der Austritt oftmals unfreiwillig sei. In den Fall, ruhlose Opfer gebracht zu haben, könne das Kassenmitglied durch den Arbeitgeber versetzt werden, es habe keine Macht, die Kündigung hinauszuhalten, wo des Arbeitgebers Interesse sie gebiete. Werde der Arbeiter mit gänzlicher Einbuße seiner Beiträge der Mitgliedschaft entleibet, so gewähre es ihm keinen Trost, daß die verfallenen Beiträge Kameraden zu gute kommen und es müsse ihm der Stachel zurückbleiben, daß sein unfreiwilliger Verlust indirekt dem Arbeitgeber zum Vorteile gereiche, der ihn selbst der Mitgliedschaft entsetzt habe. Alles in allem sei somit zu

sagen: enthalte das Statut einer Arbeiterpensionskasse, welches den Arbeitern die Mitgliedschaft oktroyiere und mit dem Ende des Arbeitsverhältnisses wieder nehme, die Bestimmung unbedingten und gänzlichen Verlustes der Beiträge beim Aufhören der Mitgliedschaft, so sei das eine Bestimmung, welche gegen die guten Sitten verstoße und daher nichtig sei.

Werde diese Ansicht aber nicht geteilt, und vielmehr mit dem Beklagten und dem Gewerbegericht Effen die Bestimmung der Nichtrückzahlung als gültig angesehen, so frage es sich, wie es mit der Gültigkeit des Arbeitsvertrages bestellt sei, der mit dem Rassenstatut in Verbindung stehe.

§ 32 der Arbeitsordnung bestimme, daß die Beiträge zur Pensionskasse bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht werden dürften. Nach § 134 der Gewerbeordnung sei der Anhalt der Arbeitsordnung, soweit er den Gesetzen nicht zuwider laufe, für die Arbeitgeber und für die Arbeiter rechtsverbindlich. Er bilde einen Bestandteil des Arbeitsvertrages. Es sei hier zu prüfen, ob der Abzug der Beiträge zur Pensionskasse rechtlich zulässig sei. Zu dem auf Grund der Arbeitsordnung geschlossenen Arbeitsvertrage werde dem Arbeitgeber seitens des Arbeitnehmers Vollmacht und Auftrag erteilt, die Lohnschuld in dem Betrage, welcher der Krankenversicherungspflicht des Arbeiters entspreche, dadurch zu tilgen, daß er jenen Betrag dem Gläubiger des Arbeiters, der Pensionskasse zahle. Eine solche Anweisung eines Lohnarbeiters zum Zwecke der Befriedigung eines Gläubigers und die dazu im voraus, d. h. vor Ablauf des Zahlungstages erfolge, sei aber nach § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes „ohne rechtliche Wirkung“. Die Ungültigkeit der vom Arbeiter erteilten Anweisung zur Zahlung an die Kasse für Rechnung seiner Lohnforderung bedeute, daß des Arbeitgebers Lohnschuld im abgezogenen Betrage trotz Zahlung an die Kasse stehen geblieben sei. Der Lohnanspruch könne auch nicht, wie der Vertreter der Beklagten meine, durch den Einwand der Verjährung zurückgeschlagen werden. Denn der Arbeiter habe dadurch, daß er den Arbeitgeber bezieht, ihm zur Zeit der Fälligkeit seines Anspruches nicht den vollen Betrag zu zahlen, mit einer Stundung einverstanden erklärt, eine solche Stundung aber nach § 202 der B. G. B. die Verjährung. Die Gewerbeordnungen seien verpflichtet, so äußert sich Professor Voßmar weiter, die Löhne ihrer Arbeiter in bar auszuzahlen, wie § 115 der Gewerbeordnung bejahe.

Werde dem Arbeiter der Lohn teilweise dadurch entrichtet, daß er eine Anwartschaft auf eine Pensionskasse erhalte, so entspreche das nicht dem § 115. Nun lasse die Gewerbeordnung indirekt dadurch solche Abzüge am Lohne zu, welche zur Befriedigung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien dienten. Eine solche Einrichtung sei aber die Pensionskasse nicht. Gewiß sei sie das in der Absicht ihrer Gründer und des Arbeitgebers als Spende von 100 Prozent der Arbeiterbeiträge. Allein für das Geich komme es nicht auf die Absicht, sondern auf die Wirkung an. In Wirklichkeit bilde nur das eine Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien, was wenigstens der Mehrheit zum Besten gereiche. Nach den von der Beklagten gemachten Angaben befände sich neben einem Stamm in das pensionsfähige Alter aufrückende Arbeiter eine weit überwiegende Masse, die dieses Ziel nicht erreich-

ten. Selbst wenn diesen Arbeitern die Beiträge zurückgezahlt würden, so sei das keine Verbesserung, denn inzwischen habe er bei jeder Lohnzahlung Prozent des verdienten Lohnes vermissen müssen diese Entbehrung werde auch nicht wie bei Sparfa durch Zins entgolten. Würden aber die Beiträge nicht zurückbezahlt, so könne erst recht nicht von einer Verbesserung die Rede sein. Die auf die Arbeitsordnung gegründete Verwahrung von Lohnabzügen die Pensionskasse sei daher als ein dem § 115 zum laufender Vertrag nichtig und nach § 116 der Gewerbeordnung löstliche Arbeiter in einem solchen Falle jeder Zeit Zahlung verlangen.

Weiter sei zu prüfen, ob das vom Lohne zur Kasse abgezogene unabhängig von dem Terte der Gewerbeordnung sei. Dabei sei anzugehen von der das Neueste hinausgehenden Beschränkung des Arbeitsverhältnisses mit der Mitgliedschaft, wodurch Arbeitsvertrag denaturiert, die Kündigungsfreiheit des Arbeiters geschmälert und die Parität der Parteien hinsichtlich der Kündigung des Arbeitsverhältnisses gegen den Geist der Reichsgesetze zerstört und endlich dem Verstoße gegen die guten Sitten und Tor soweit geöffnet seien, daß die populäre Moralfrage mit Füßen getreten würden. Durch Arbeitsvertrag werde der Arbeiter nicht nur in normale Lage gebracht, mit harter Arbeit eine nahrme zu erwerben, sondern auch in die absolute Notwendigkeit versetzt, sich beim Ausscheiden ein Verfügen zu lassen. Jedenfalls befände sich bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Tatsache, daß er nicht bloß im Dienste des Arbeitgebers, sondern auch im Dienste der Kasse gestanden und auch für diese geschäftig habe. Ein solches Verhältniß von Arbeitsverhältnis für den Berufszweck nicht vonnöten, wie nicht nur durch diesen privaten Anstalten, sondern auch durch die öffentliche Invalidenversicherung bewiesen werde, wo eine Reihe von Fällen die Rückzahlung der Hälfte der Beiträge vorgelesen sei. Da die mit Ende des Arbeitsverhältnisses verbundene Einwirkung nur den Arbeiter und niemals den Arbeitgeber trifft liegt das wirtschaftliche Interesse nur auf einer Seite und die sonstige gesetzliche Gleichstellung der Parteien über den Haufen geworfen, die Bewegungsfreiheit des Arbeiters beschränkt und dem Arbeitgeber eine Waffe gegen den Arbeiter in die Hand gegeben werde. Für diesen sei es eine Fessel, die Gewicht wachse mit der Vertragszeit, wenn er mit Verlust seiner Beiträge zur Kasse kündigen könne. Diese Fessel sei stärker, als wenn auf die Kündigung eine konventionale Strafe gesetzt sei. Zeige sich bei der ordentlichen Kündigung eine Beschränkung oder Aufhebung der Bewegungsfreiheit, wenn an den Arbeiter denke, der sich verbessern, die Zukunft benützen oder seine Arbeitskraft andern höher verwerten möchte, so sei die Fessel noch schneidender und drückender, wenn ein Fall gegeben sei, wo der Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen dürfe, ohne wenn ihm ein Meister grob beleidigt zu Tätslichkeiten gegen ihn übergehe. Auch in solchen Fällen könne der Arbeiter nur mit Verlust seiner Beiträge gehen. So wurde dieselbe Fessel für den einen zur Fessel, für den andern Waffe. Und das sei in der Hand des Arbeitgebers um so gefährlicher, als ihm die Berechtigung

von möglichst gleichmäßiger Beschaffenheit ist aber zu diesem Zweck verwendbar, da gefärbtes Glas die Farbe des Emails beeinflussen würde. Als glasfreie Mischungen seien die folgenden beiden angeführt:

1. Feldspath, Zinnoxyd, Salpeter, Soda.
2. Kieselsäure, Zinnoxyd, Borax, Soda, Salpeter, Ammonium-Karbonat oder Magnesia.

Im folgenden führen wir nunmehr die hauptsächlich zur Emailfabrikation verwendeten Mineralbestandteile mit ihren besonderen Eigenschaften übersichtlich auf.

1. Borax. Calciniertes Borax, d. h. solcher, bei welchem das vorhandene Kristallwasser entfernt ist, ist der beste für Emailzwecke. Derselbe stellt ein Flussmittel dar, das bei mittlerer Hitze schmilzt und bei der Bildung der glasartigen Basis mitwirkt. Außerdem hat derselbe die Eigenschaft, Metalloxydfarben vollkommen in dem Email zur Verteilung zu bringen.

2. Bor säure: Dieselbe dient manchmal als Ersatz für Kieselsäure; im allgemeinen werden jedoch 15 Proz. von der ersteren und 85 Proz. von der letzteren angewendet. Da Bor säure als Flussmittel wirkt, so ist ihre Verwendung vorteilhaft; dieselbe erfolgt daher auch in ziemlich ausgedehntem Maße.

3. Blei: Bleikarbonat oder Bleiweiß wird häufig für Emails verwendet, deren Schmelzpunkt niedrig liegen soll. Wegen seiner Giftigkeit sollte man mit der Verwendung desselben, ebenso wie der übrigen Bleiverbindungen möglichst vorsichtig sein und auch bei Geisteskranken, die chemischen Einflüssen ausgesetzt sind, dieselbe vollständig vermeiden. Bleimennige wird manchmal als Entfärbungs- resp. Mennigungsmittel benutzt; dieselbe wirkt jedoch bei manchen Farbstoffen ungünstig und erfordert daher in dieser Hinsicht große Vorsicht.

4. Feldspath: Feldspath dient als Flussmittel:

keine Einführung in ein Email bewirkt eine größere Konsistenz der Fritte. Gewöhnlich wird die weiße Varietät benutzt; die vorbereitende Behandlung durch Mahlen u. d. d. ist die gleiche wie die des Quarzes.

5. Flußspath: Dies Mineral ist ein Flussmittel, das bei Rotglühhitze schmilzt. Dasselbe erleichtert die Erreichung eines bestimmten Schmelzpunktes für die Fritte.

6. Gips: Der Gips (Calciumsulphat) dient als Flussmittel und wird meist in Verbindung mit Baryt und Flußspath angewendet.

7. Glas: Allgemein in Form von Glasbruch als Basis verwandt. Brauchbar ist nur wasserklares Glas. Bei der sehr verschiedenartigen Zusammensetzung der Gläser ist es unerlässlich, stets kleine Frittiproben zu machen, um festzustellen, ob die Qualität und Quantität des Glaszusatzes die richtige ist.

8. Kalk: Vom Gips (Schwefelsaurem Kalk) abgesehen, wird Kalk nur in Form von Calciumcarbonat (Kalkstein, Marmor) angewandt.

9. Kieselsäure: Quarz, Quarzsand, Bergkristall und Feuerstein sind die in der Natur vorkommenden Varietäten der Kieselsäure (Siliciumdioxid). Für sich allein ist dieselbe sehr schwer schmelzbar; durch Zusatz von Flussmitteln kann der Schmelzpunkt der Mischung bis zu einem gewissen Maße beliebig reduziert werden.

10. Knochenasche: Der Zusatz von Knochenasche zur Emailmischung macht dieselbe halbdurchscheinend, nicht ganz undurchsichtig. Dieselbe findet daher nicht allzu häufig Anwendung.

11. Magnesia: Kohlen saure Magnesia wird bei Emails nur in kleinen Mengen benutzt. Dieselbe erhöht den Schmelzpunkt, beeinflusst jedoch, wenn völlig rein, die Farbe nicht im mindesten.

12. Mangau: Mangau wirkt in Form von Manganoxyd (Braunstein) als äußerst wirksames Entfärbungsmittel und darf daher nur in kleinen Quantitäten angewandt werden. Die Reinheit des Minerals ist von großer Wichtigkeit, d. h. der Gehalt an Manganoxyd sollte 95 bis 98 Proz. betragen.

13. Salpeter: Entfärbungsmittel. Bei gewissen Temperatur zeigt der Salpeter eine chemische Veränderung, die unter Mitwirkung anderer Substanzen die Bildung der glasartigen begünstigt.

14. Soda: Die Soda die verwandt wird (Natriumkarbonat), muß speziell gereinigt sein, dieselbe von jedem Siliciumgehalt befreit ist, der die Reinheit der Farbe sehr beeinträchtigen würde.

15. Ton: Nur ganz reiner Ton läßt sich verwenden, daher ist die Benutzung desselben im allgemeinen auf feinen, weißen Feisenton und Porzellan (Kaolin) beschränkt. Die letztere verdient wegen ihrer größeren Reinheit den Vorzug. Neben der Wirkung als Flussmittel gibt der Ton dem Email eine gewisse Durchsichtigkeit und Zähigkeit, ähnlich wie Zinn. Manchmal findet auch Porzellanbruch zu dem gleichen Zwecke Anwendung.

16. Zinnoxyd: Allgemein angewandtes Flussmittel zur Erzielung der undurchsichtigen weißen Färbung des Emails. Dasselbe ist für sich nicht schmelzbar; es wird daher durch geeignete Behandlung der Mischung in dem Email äußerst fein und gleichmäßig verteilt werden muß, es in demselben eine Emulsion bildet. Der Grad der Undurchsichtigkeit des Emails hängt von der Menge des zugesetzten Zinnoxyds ab. Eine ähnliche Wirkung hat auch das Zinnolith.

Gehen wir nach diesem kurzem Ueberblick ab

außerordentlichen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses durch das Gesetz und die Arbeitsordnung in drei mal mehr Fällen gegeben sei, als dem Arbeitnehmer. Diese Ungleichheit der Parteien sei um so bedenklicher, als diese Einrichtung im Arbeitsvertrage nicht ausdrücklich vorgesehen sei, sich vielmehr erst indirekt aus der Massenmitgliedschaft ergebe, also sozusagen automatisch und geräuschlos funktioniere. Auch das Gesetz schreibt sowohl für die ordentliche wie für die außerordentliche Kündigung für beide Teile die gleiche Kündigungsfrist vor. Darnach müßte man sagen, daß eine so einschneidende Verletzung der Gleichheit im Kündigungsrechte dem Geiste der Reichsgesetzgebung zuwiderlaufe und somit gegen die guten Sitten verstoße.

Die Verquickung des Arbeitsverhältnisses mit der Pensionskasse, welche mit dem Ausscheiden den Verlust der Beiträge verknüpft, habe die Verletzung zweier Moralvorschriften zur Folge. Die eine gehe dahin, den Schuldigen und Unschuldigen nicht gleich zu behandeln. Ob aber der Arbeiter entlassen werde, weil er aus Mangel an Beschäftigung nicht ferner beschäftigt werden kann, oder weil er einen Diebstahl begangen hat, oder weil ihn der Meister geschlagen hat, das mache für den Verlust seiner Beiträge nach dem Rassenstatut gar keinen Unterschied. Und die andere Moralvorschrift verlange, daß der Nachteil, der über den Urheber eines gesellschaftswidrigen Verhaltens verhängt werde, auch wenn keine Verhältnismäßigkeit möglich sein sollte, doch keineswegs zunehmen dürfe mit der Abnahme des Grades, aus dem eingeschritten werde. Hier dagegen sei der Arbeitsvertrag so gestaltet, daß je weiter der Arbeiter im Arbeitsverhältnisse verharre, um so größer die Vermögenssanktion sei. Das verstoße nicht nur gegen die guten Sitten, sondern stelle sie geradezu auf den Kopf und bilde eine ethische Absurdität.

Aus dem Vorstehenden ergebe sich, daß unbeschadet der Gültigkeit des Rassenstatuts, das die Beiträge beim Ende des Arbeitsverhältnisses verfallen lasse, ja gerade auf Grund dieser Gültigkeit, der mit diesem Rassenstatut verknüpfte Arbeitsvertrag im Wesen verfaßt, der Parität zwischen Arbeitgeber und in ein schreiendes Mißverhältnis gesetzt werde zu allgemein anerkannten Moralvorschriften. Alle diese Gründe ließen die Forderungen der Kläger als berechtigt erscheinen.

Soweit der hauptsächlichste Inhalt des Lothmar'schen Gutachtens, dem wir weiter gar nichts hinzuzufügen brauchen. Leider sind die Arbeiter trotzdem vom Gericht mit ihrer Klage abgewiesen worden. Sie mögen sich mit dem Gedanken vorläufig trösten, daß Recht haben und Recht bekommen zwei verschiedene Dinge sind. Uebrigens ist in der Pensionskassenfrage das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Gesetzgebung wird nicht daran vorbeikommen, hier einzugreifen und die Arbeiter vor dieser Zwangs-„Wohlfahrt“ geschlechtlich zu schützen.

Gewerkschaftliches.

Die Gelben bekommen Schläge.

In Wörlitz bei der Firma Köhling geht es dem irrgeliteten Hüttenvereiner bitter schlecht.

Besonders in der Adjutage wird keine Rücksicht genommen auf die „Ergebenheit“ und „Gundekennut“ dieser Leute. Sobald sich einer müßt, bekommt er für seine Kühnheit die Verhöhnung in die Strafkolonie mit 3,30 M. Schichtlohn. Vor kurzem hat sogar ein Meister seinen „treuen Knecht“ gründlich durchgeprügelt, so daß der arme Teufel mehrere Tage krankfeiern mußte.

Das ist die letzte Konsequenz der Almosenvereinsmoral und der Beweis für die Wahrheit des Wortes: Es geht Niemanden an, ob der Arbeiter, als er sich gefallen läßt!!

Ob die betörten Kollegen der gelben Hüttenvereiner nun endlich zur Erkenntnis kommen, daß sie nur an der Nase herumgeführt und als mehr- und willenslose Lohnsklaven betrachtet und behandelt werden? Muß sich nicht ihr ganzes Innere gegen eine solche Behandlung aufbäumen? Für 20 M. jährlich haben sie ihr schönstes Arbeiterrecht preisgegeben und zum Dank für ihre „Gundekennut“ gibt's nur Lohnabzüge und Hiebe. Ein Arbeiter, der noch einen Funken Denkvormögen besitzt, wird die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen wissen und die Latet: hinaus aus diesen gelben Almosenvereinen, hinein in die wirkliche, wahre Interessenvertretung, in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands!

Schöne Seelen finden sich.

Auf dem Berliner Kongress erregte es begreifliches Aufsehen, als die Delegierten von Eih Berlin bei der Abstimmung der antigelben Resolution sich geschlossen der Stimme enthielten. Die Seelenwandtschaft zwischen den Gelben und den Berlinern war damit schon indirekt zugegeben. Inzwischen nähern sich die beiden Brüder immer mehr und werden sich wohl bald weinend vor Freude in den Armen liegen. In dem Berliner Präsidiums-Organe wird kräftig für eine weitere Annäherung Stimmung gemacht. In Wörlitz hat einen Vortrag über die gelben Gewerkschaften wird zwar den „Gelben“ nachzuweisen versucht, daß sie völlig ungeeignet seien, „für eine befriedigende Lösung der sozialen Frage zu wirken“, weil sie die Religion aus ihren Bestrebungen ausschließen; dessenungeachtet aber liege den gelben Gewerkschaften ein berechtigter Gedanke im Innern zugrunde, „daß sie auf dem Prinzip der Interessengleichheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ruhen“. Und darum empfehle es sich nicht, die gelben Gewerkschaften zu bekämpfen. „Die Arbeitgeber und auch andere weite Kreise würden unsere Motive nicht verstehen und unsere Bekämpfung derselben als eine Unterminierung der Sozialdemokratie betrachten. Ein Kampf unsererseits gegen die „Gelben“ würde die durch die Natur der Sache gebotenen, auch tatsächlich im weiten Umfange bestehenden einträchtigen, gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördern.“

Sie sind einander würdig, die wirklichen und die Berliner Gelben, und auf wirtschaftlichem Gebiet gleich gefährlich. Ihre Verbrüderung würde ein ganz natürlicher Verschmelzungsprozess von wirtschaftlich Gleichgesinnten sein. Deshalb nur zu, es kann dies zur Klärung der Arbeiterbewegung nur zweckdienlich sein.

Ueber den deutschen Eisenhandel in Eisen entnehmen wir der Rheinisch-Westfälischen Zeitung folgende Mitteilungen: Nach der amtlichen Statistik betrug die Eisenausfuhr im Dezember 1907 180636 To. gegen 311343 To. im November 1907 und 320608 To. im Dezember 1906 und die Eiseneinfuhr 72000 To. gegen 63639 To. im November 1907 und 95841 To. im Dezember 1906. Die Ausfuhr ist also ganz erheblich im Dezember zurückgeblieben und zwar beträgt dieser Rückgang gegen den Vormonat 130500 To. = 42% und gegen den Vergleichsmonat des Vorjahres 140000 To. = 44%. Worauf dieser außerordentliche Rückgang zurückzuführen ist, läßt sich so ohne weiteres nicht sagen, besonders wenn man berücksichtigt, daß der Dezember noch ein fast elektrischer Monat war. Die Ausnahmsfähigkeit der Auslandsmärkte ist gering und die Abnehmer beobachten dort dieselbe Zurückhaltung wie im Inland. Die Einfuhr ist dagegen um 8700 To. gegen den November gestiegen, darunter weist Koblenz eine Zunahme von rund 5000 To. auf. Die Einfuhr stieg von 37042 auf 41850 To. Die Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1907 3452402 To. gegenüber 3464120 To. im Jahre 1906, sie ist also nur ganz unwesentlich geringer als im Jahre 1906

	Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhrüberschuß	
	1906	1907	1906	1907	1906	1907
Jan.	343995	258918	32047	48993	311948	209924
Febr.	384321	263977	38706	39240	345615	224737
März	274211	297587	29034	57687	245177	239901
April	266328	284360	48530	76307	217798	208033
Mai	284063	277442	50973	83569	232090	193873
Juni	284287	298208	61031	75836	223206	222322
Juli	312214	301551	61031	83737	264841	217814
August	328748	274286	63907	69978	247061	204308
Sept.	311813	317029	64752	65681	247898	251348
Oktober	322400	286663	71502	76461	215590	210202
Nov.	287978	311343	72388	63639	224767	247704
Dez.	320608	180636	95841	72000	39240	202336
Jahr	3719966	3452402	692311	813478	3027155	2538522

	to.	Ausfuhr				Zusammen
		1. Quart. 1907	2. Quart. 1907	3. Quart. 1907	4. Quart. 1907	
Koblenz	89156	77614	54189	54221	17352	275180
Halbesue	61995	46079	53268	65991	26671	227333
Eisen- u. Schmeltz.	39959	54023	53967	64619	23937	212568
Träger	92228	106216	112266	80025	19413	391735
Schienen	89191	110012	112675	105815	26528	417693
Sägen, Schmelzen	47890	51156	67310	41192	11646	207548
Koll. Eisenbahn-						
Material	16540	19885	19388	18981	5441	74794
Stab- und Fasson-						
eisen	34042	76474	55599	63319	19455	229439
Großbleche	36959	40610	51421	52531	18339	182521
Feinbleche	21225	20035	20530	24892	8103	86682
Trakt	40971	56371	50674	49570	16592	197586
Drahtstifte	15698	17447	16406	19622	6151	69173

Was die Fabrikate im einzelnen betrifft, so sind an dem Dezember-Rückgang in erster Linie Träger und

eigentlichen Emailbestandteile zur Betrachtung der zur Färbung des Emails verwendbaren Mittel über, so zeigt sich, daß dieselben fast ausschließlich Metalloxyde sind, so daß also die Färbung keine Schwierigkeiten zu bieten scheint. Dies ist jedoch nicht der Fall, vielmehr ist zur Erzielung wirklich guter und gefällig wirkender Farben, ebenso wie überhaupt bei der gesamten Emailtechnik, eine genaue Kenntnis der Chemie unerlässlich. Gerade dem Umstand, daß man nach diesem Prinzip in Deutschland überall von wissenschaftlich gebildeten Chemikern geleitete Laboratorien in den Fabriken eingerichtet hat, ist der bedeutende Fortschritt zuzuschreiben, den die deutsche Emailindustrie vor der ausländischen und vor allem der englischen gewonnen hat. Durch das Vorhandensein von Laboratorien, in denen ständig Versuche gemacht werden, wird ein stetiger Fortschritt verbürgt. Außerdem ist man, wenn z. B. die Herstellung der Farbdryde im eigenen Laboratorium erfolgt, sicher, gute Erzeugnisse zu erhalten, während man sich andernfalls lediglich auf seinen Lieferanten verlassen muß.

Ueber die Nichtbeachtung dieser Gesichtspunkte von Seiten der englischen Fabrikanten erhebt das englische Fachblatt „The Engineer“ laute Klage und weist auch noch auf einen anderen Punkt hin, in dem die deutsche Konkurrenz der englischen weit voraus ist, nämlich in der Fähigkeit, den Geschmack des laufenden Publikums zu treffen und demselben entgegenzukommen, ein Umstand, der besonders bei dem Export nach europäischen Ländern große Bedeutung gewinnt.

Im folgenden geben wir nunmehr eine Uebersicht über die zur Emailfabrikation benutzbaren Farben. Die Liste der Farbstoffe kann hier nur eine räumliche Beschränkung der anstehenden Fragen gerechtfertigt werden.

Mischfarben lassen sich aus einzelnen der angeführten Farbstoffe ebenfalls herstellen.

1. **Blau.** Die bestbelegte Emailfarbe ist das Blau; keine ist auch so wie diese der mannigfachen Variationen fähig. Ebenso wie in der Porzellanfabrikation beherrschen auch hier die Cobaltverbindungen das Feld vollkommen. Allgemein wird zur Erzeugung der blauen Farbe die Smalte, eine Verbindung von kiesel-saurem Cobaltoxyd mit kiesel-saurem Kali, verwendet; noch bessere Resultate werden erzielt bei Verwendung reinen Cobaltoxyds; doch fehlt diesem, was in der Industrie von größter Bedeutung, der große Vorzug der Billigkeit, der der Smalte eigen ist.

2. **Violett.** Manganhyperoxyd ist das einzige Mittel zur Erzielung dieser Farbe, und auch nur in dem Falle, daß dasselbe vollkommen rein ist. Bei Benutzung dieses Dryds kann jeder gewünscht violette Ton hervorgebracht werden, steigend in den Nuancen bis zu fast vollkommenem Schwarz.

3. **Gelb.** Es giebt eine ganze Reihe gelber Farbtöne, doch können nur sehr wenige als schön bezeichnet werden. Am meisten wird das sogenannte Reapelgelb, eine durch Rösten von Antimonoxyd mit Bleiglätte erhaltene antimon-saure Bleiverbindung verstanden.

4. **Grün.** Grüne Farbtöne lassen sich durch Mischen von Blau und Gelb erzielen. Dieses Verfahren findet jedoch in der Emailindustrie sehr selten Anwendung, da das Arbeiten in die er Weiße große Schwierigkeiten macht und leichter zu Mißerfolgen führt, als die Verwendung eines von Natur grünen Farbstoffes. Daher wird zur Grünfärbung allgemein Kupferoxyd oder Chromoxyd benutzt. Die durch das Kupferoxyd hervorgebrachte smaragdgrüne Farbe kann durch nachträglichen Zusatz geringen Mengen Eisenoxyd in ihrem Tone modifiziert werden.

5. **Rot.** Zur Rotfärbung dient meist Eisen-sulfat, ferner ein Kupferoxyd, sowie Aluminiumoxyd (Tonerde). In neuerer Zeit benutzt man auch Selenverbindungen zur Rotfärbung, doch ist wegen der großen Giftigkeit des Selen hierbei große Vorsicht nötig. Die schöne durch Goldoxyd erhaltene Rubinrot hat den Nachteil, zu kostspielig zu sein, während das durch Kupfer erzielte Rot, das dem Goldrubin am nächsten kommt, große Sorgfalt in der Behandlung verlangt.

6. **Orange.** Diese Farbe, eine Verbindung von Rot und Gelb, wird durch Mischung der betreffenden Farbstoffe erhalten. Man verwendet dazu eine rote Eisen- und eine gelbe Antimonverbindung und reguliert die mehr rote oder mehr gelbe Tönung durch Aenderung des Verhältnisses der Mischung.

7. **Braun.** Braun wird erhalten durch Mischung von Schwarz und Rot. Manche braunen Farben sind sehr schön. Einen guten Ton ergibt eine Mischung von Ton und Eisenoxyd.

8. **Schwarz.** Ein eigentliches Schwarz ist nicht bekannt. Als Ersatz werden daher sehr dunkle Töne von Blau, Braun, Violett benutzt und dazu Eisenoxyd, Cobaltoxyd, Manganhyperoxyd u. verwandt, und der Kenner unterscheidet diese verschiedenen Schwarz leicht von einander. Das Zusammenmischen der gesamten Dryde ergibt ein schönes Samtschwarz.

Zum Schluß wollen wir nicht verfehlen, nochmals auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die ganze Fabrikation durch einen Chemiker fortwährend überwachen zu lassen, während bei Großbetrieben sich stets die Einrichtung eines eigenen chemischen Laboratoriums als notwendig erweisen dürfte. Viele Mühe, viel Ärger und große Kosten lassen sich auf diese Weise vermeiden und man hat die Gewähr, ein gutes Fabrikat zu erhalten, während man sonst auf den Zufall angewiesen bleibt. Zug.

Eisenbahnmaterial leichtigt; erstere sind um 7600 To. und letzteres sogar um 23 000 To. geringer, als im November. Auch die Ausfuhr in Draht ist um 2000 To. geringer, während Grobbleche sowohl wie Feinbleche fast keinen Ausfuhrückgang zu verzeichnen haben. Die Ausfuhr von Halbzeug hat sich allein um etwa 5600 To. vermehrt, während alle anderen Fabrikate rückgängig geworden sind oder wenigstens keine Vermehrung aufweisen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Magimilianshütte

Nachdem auf der Maxhütte Haidhof der Kampf zu Ende ist, dürfte ein Ueberblick von Interesse sein. Das ist schon notwendig, weil die Sozialdem. Metallarbeiter-Zeitung in ihrer letzten Nummer den alten Kohl vom „christlichen Streikbruch“ wieder aufwärmt. Die Maxhütte beschäftigt in Bayern im Hauptwerk Rosenberg zirka 1000 Hüttenarbeiter und 300 Bergleute, wovon gegen 600 christlich organisiert sind. In Haidhof sind zirka 900—1000 Arbeiter beschäftigt, welche zum größten Teil (600 Arbeiter) der sozialdemokratischen Organisation angehören. Kennenswert ist besonders noch Auerbach mit 400 Bergleuten, die in ihrer Mehrzahl (über 200) schon christlich organisiert sind. Die Maxhütte hat bekanntlich seit Jahren eine äußerst günstige Prosperität aufzuweisen. Im letzten Jahre wurden 4 765 213 M. Bruttoertrag erzielt; neben hohen Abschreibungen kamen noch 1 511 880 M. gleich 25,3% Dividende zur Verteilung. Die Anteilnahme der Arbeiterschaft an diesen Erfolgen ist wohl eine sehr beschädnende zu nennen, wenn auch im letzten Jahre eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Zweifelloos hat die verkehrte Streikpolitik der sozialdemokratischen Organisation in Haidhof vieles verdorben. Im März vergangenen Jahres fand der erste verkehrte Streik seinen demoralisierenden Ausgang; dies dokumentierte schon der damalige Vorschlag im West in folgendem Absatz: „Die Kündigung der beiden Arbeiter, welche die Veranlassung zu dem erfolglosen Streik gewesen sind, bleibt unter allen Umständen unangetastet.“ Ueber diesen „Erfolg“ berichtete die (soz.) Fränkische Tagespost damals: Der Kampf ist zur vollen Zufriedenheit (?) der Arbeiter beendet.

Ende August stellte der christliche Metallarbeiter-Verband in Rosenberg Lohnforderungen, in deren Verfolg Differenzen ausbrachen, welche jedoch in einigen Tagen wieder beigelegt wurden. Der direkte materielle Erfolg läßt sich der komplizierten Akordverhältnisse halber nur schwer genau feststellen. Im Durchschnitt betrug die Lohnerhöhung 20 Pfg. pro Tag und Kopf, sowie 25% Mehrverdienst für die alle 14 Tage stattfindende Doppelschicht. Insgesamt ein jährlicher Mehrverdienst von zirka 100 M. für die in Frage kommenden Arbeiter, zusammen also mindestens 100 000 Mark im Jahr.

In dieser Zeit stellte nun auch der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband seine Forderungen. Konnte man diese auch als berechtigt anerkennen, so muß doch die Taktik, die zur Durchführung dieser Forderungen eingeschlagen wurde, verurteilt werden. Während die Kommission der Arbeiter mit der Betriebsleitung noch unterhandelte, wurden auch schon gemäß vorausgegangener Vereinbarung die Brocken hingeworfen. Neben diesem unglücklichen Weg hatte man noch die denkbar schlechteste Zeit (hereinbrechen des Winters und der Krise) gewählt, kein Wunder, wenn der II. Hauptvorstand aus Stuttgart den Bezirksleiter Eisner-Münster am liebsten „in Stücke zerlegen“ hätte. So erlitt nach 15wöchentlichem Kampfe der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband die zweite klägliche Niederlage in Haidhof. Die Arbeiter werden als neucintretende behandelt. 22 bezw. 18 Arbeiter bleiben dauernd auf der Strecke. Bei durchschnittlich 15 M. wöchentlichem Unterstützung kostete der Streik 140—150 000 M. Der Verdienstrückgang dürfte sich auf etwa 180—200 000 M. beziffern. Der Verlust für die Firma läßt sich schwer feststellen, mehrere 100 000 M. kommen auch hier in Frage.

Bei dieser Gelegenheit faßte die rote Presse etwas von christlichem Streikbruch, um damit wieder einmal ihre brüderliche Wahrheitsliebe zu beweisen. Die eigentliche Ursache des roten Magenkrümmens liegt tiefer. Zu Beginn des Streiks hatte nämlich der christliche Metallarbeiter-Verband, in Ergänzung der oben erzielten Lohnerrhöhungen, der Betriebsleitung für Rosenberg weitere Forderungen unterbreitet. Der Erfolg war eine Teuerungszulage für Verheiratete 5 M., für Ledige 3 M. pro Monat. Auch den früheren Forderungen auf Einführung eines Arbeiterausschusses und Ausschaltung in Lohnhütten wurde Rechnung getragen. Alles dies wurde ohne Kampf erreicht. Nachdem auch die christlich organisierten Arbeiter in Haidhof die gleichen Zugeständnisse erhielten, hatten dieselben keine Ursache, sich an einem erfolglosen Streik zu beteiligen. Der Reid ist deshalb begreiflich: auf sozialdemokratischer Seite über 300 000 M. zuerst, abgesehen von dem gerichtlichen Nachspiel. Auf Seiten der christlich organisierten Arbeiter ohne Kampf zur Arbeitererschaft über 100 000 M. Mehrverdienst pro Jahr erreicht. In Rosenberg haben schon eine Reihe von Arbeitern die einzig richtige Konsequenz gezogen.

Sie sind in großer Zahl aus der sozialdemokratischen zur christlichen Organisation übergetreten. Das ist die beste Antwort auf die roten Verleumdungen.

Wegsbau. Im Stabivert der Hohenfelder Werke legten am 19. Februar sämtliche Arbeiter wegen enormer Lohnreduzierungen die Arbeit nieder. Nach dreitägigem Ausstand wurde durch Eingreifen unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes ein Teilerfolg erzielt und darauf die Arbeit wieder aufgenommen. Näherer Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Beßingen (Saar). Firma Fr. Marcher & Co. (Schraubenfabrik) wegen Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler und Mitglieder des kath. Arbeitervereins gesperrt. Werkzeugmacher und Schlosser insbesondere fernhalten.

Mugsburg. Zugang von Kupferschmieden für die Augsburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Cöln. Die Firma Utermöhle, Zugwagenfabrik hat sämtliche Schmiede und Stellmacher ausgesperrt, weil sie einer Verlängerung der Arbeitszeit (von 9 1/2 auf 10 Stunden) nicht zustimmen wollten.

Düsseldorf. Wegen Verletzung von Kollegen ist über die Firma Holtzhaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) die Sperre verhängt.

Gelsenkirchen. Bei der Firma Koppersbüch sind in der Schleiferei Differenzen ausgebrochen.

Saarbrücken. Ueber die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft St. Johann (Saar) ist wegen fortdauernder Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler die Sperre verhängt.

Stuttgart. Die hiesigen Maschin- und Installateure stehen in einer Tarifbewegung.

Zugang ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu meiden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. März der zehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 1. bis 8. März 1908 fällig.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 19, zu adressieren.

Die Ortsgruppe Straßburg in Elßaß erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Erwerbslosen-Unterstützung.

Um eine Kontrolle über den jeweiligen Stand der Erwerbslosigkeit im Verbandsgebiet zu ermöglichen, ist es notwendig, daß von jeder Ortsgruppe jede Woche die vorhandenen erwerbslosen Mitglieder an die Zentrale gemeldet werden. Bestehende Ortsgruppen-Vorstände glauben immer noch, diese Meldungen nicht machen zu brauchen. So haben in den letzten zwei Wochen die Weitermeldung unterlassen die Ortsgruppen: Stuttgart, Dortmund, Hörstel, Gräfrath, Warendorf, Emmerich, Falken, Brühl, Neusslingen, Leinath, Nieder-Elöhe, Retten, Kassel, Wärseln, Karlschütte und Oberurjel. Wir machen darauf aufmerksam, daß in Zukunft keine Anweisung zur Unterstützungszahlung erfolgt. Die kleine Mühe, die Erwerbslosenmeldungen zu schreiben und einzusenden, sollte kein Vorwender als große Arbeitslast ansehen, wie es von einigen Stellen aus geschieht.

Dann muß nochmals dringend darauf hingewiesen werden, daß die Unterstützungen nur Mitgliedern gewährt wird, die mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind. Wer länger als acht Wochen im Rückstande ist, hat den Anspruch auf Unterstützung verloren. Kein Vertrauensmann oder Kassierer darf einem solchen Mitgliede etwa

die restierenden Werten nachsehen, um ihn zum Bezug der Unterstützung zu verhelfen. Das wäre eine Verletzung der Unterstützung, für welche die betreffenden zur Rechenschaft gezogen werden können. Die Unterstützungen im Verbandsgebiet sind im Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen so hoch, daß zum mindestens verlangt werden kann, daß die Beiträge von jedem Mitgliede pünktlich bezahlt werden. Auf den Meldeformularen ist deshalb stets genau anzugeben, wieviel Beiträge das betreffende Mitglied bei der Meldung rückständig war.

Aus dem Verbandsgebiet.

Konferenz des Sieg- und Ruhrbezirks

Unter reizendem Städtchen Siegen war am 9. Februar der Sammelpunkt der christlichen Metallarbeiter. Zahlreich waren ihre Delegierten zu der vom Bezirksleiter Kollegen Schmitz-Köln einberufenen Bezirkskonferenz herbeigeströmt, auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber war erschienen. Kollege Schmitz eröffnete um 2.30 Uhr im oberen Saale der Kreuzischen Wirtschaft die Konferenz mit einigen herzlichsten Begrüßungsworten. Sodann schilderte er eingehend die Entwicklung unseres Bezirkes, wie es unter großen Schwierigkeiten gelungen sei, vor knapp zwei Jahren hier festen Fuß zu fassen. Die Saat sei aufgegangen, wie ja heute der Augenchein lehre. Waren doch nicht weniger wie 22 Ortsgruppen mit rund 950 Mitgliedern vertreten. Es folgte das Weitern eine kurze Berichterstattung der einzelnen Ortsgruppen, wobei die Fortschritte derselben klar zu Tage trat, freilich wurden auch Mängel zur Sprache gebracht, wie auch viele Schwierigkeiten, womit manche Gruppen noch zu kämpfen haben. Besonders wurde geflagt, daß uns von Seiten der Orts- und Polizeibehörden noch so manches Hindernis in den Weg gesetzt wurde. Die Ortsgruppe Sinn weist ein Biedchen davon zu jagen. Einen sehr günstigen Zuwachs hatten Wallau, Weisweid und Niederhassel zu verzeichnen.

Nachdem noch einige Ortsgruppen ihre speziellen Wünsche geäußert, ergriff Kollege Schmitz wiederum das Wort zu einer längeren Erläuterung. Gegenüber den von diesen Delegierten vorgebrachten Klagen über den schwachen Besuch der Monatsversammlungen wies er darauf hin, daß hier nicht die Gleichgültigkeit der Mitglieder allein daran Schuld wäre, vielmehr verstände es der Vorstand selbst nicht, die Versammlungen interessant zu gestalten. Ist es doch in einer Ortsgruppe passiert, daß im letzten Quartal überhaupt keine Vorstandssitzungen stattgefunden hatten, also ganz unberührt ans Werk gingen! Wenn auch nicht gerade immer ein Vortrag gehalten würde, es wäre Stoff genug da, (Verbandsorgan, Literatur) man müsse nur zugreifen und die oft in manchen Ortsgruppen schlummernden Kräfte erproben. Weiter empfahl er als ein oft erprobtes Agitationsmittel die Hausagitation, wie ja Würseln hierin als mustergültiges Beispiel dienen könnte.

Das Vertrauensmännerthum bedürfe an vielen Stellen noch eines gründlichen Aushaues, es dürfe nicht vorkommen, daß einige Vertrauensmänner 20 und mehr Kollegen zu bedienen hätten. Eine pünktliche Abrechnung mit dem Kassierer sei unerlässlich, um ein geregeltcs Aufnahmewesen zu handhaben, überhaupt müsse der kaufmännischen Seite volle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Siegerland ständen uns auch eine ganze Reihe Zeitungen zur Verfügung, deren Gebrauch höchst notwendig sei, um unsere Ideen in die weitesten Volksschichten zu verpflanzen. Um eine planmäßig geordnete Schulung unserer Mitglieder zu ermöglichen, müßten Vorträge, Unterrichtsstunden gehalten werden, die dem Ortsbedürfnis entsprächen. Zu behauern sei es gewesen, daß Kollege Buchner aus unserer Mitte weg nach dem Par; verjeht worden wäre, wo er unbedingt nötig war, und gerade das müßte uns allen ein Aufsporn sein, für unsere Sache mit aller Energie weiter zu arbeiten und zu kämpfen.

Dann nahm der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber das Wort. Er schilderte das Entstehen des Verbandes, wie unter schwierigsten Verhältnissen und langen Kämpfen es ihm, im Verein mit freierprobten Kollegen, gelungen sei, denselben zu der jetzigen achtunggebietenden Stellung zu bringen. Diese Enttäuschungen mannigfacher Art waren ihm nicht erspart geblieben, viele Feinde hätte er sich erworben, doch stets sein Ziel fest im Auge behalten: Das Wohl des Verbandes und seiner Mitglieder. Mit einem eigenartigen Gefühl denke er zurück, an die Zeit, wo er vor einigen Jahren an derselben Stelle wie heute, auch in einer Arbeiterversammlung gesprochen, doch nicht inmitten freier Kollegen und Genüßungsgenossen, sondern umgeben von erbitterten Gegnern, wovon jedoch einige heute seine besten Freunde geworden seien.

Das Gefühl der Sicherheit, das heute jedem Organisierten beherrscht, zeige so recht den Wert der Organisation und wahrlich sind es noch schlimme Zeiten, die uns bevorstehen. Die christliche Arbeiterschaft habe alle Ursachen auf dem Posten zu sein, gelte ihr Kampf doch nicht nur ums tägliche Brot, nein, ganz andere Feinde ständen uns heute gegenüber. Die Religionsfeindschaft und Vaterlandslosigkeit der in die Arbeiterschaft hineingebungenen Sozialdemokratie. Ihr gegenüber gelte es, in Ueberzeugungstreue festzuhalten auf dem eingeschlagenen Weg, nur in einer christlichen Arbeiterbewegung sei das Ziel zu finden, sei der Damm gegen das völkerverderbende Gift der Sozialdemokratie. Freilich ginge es nicht ohne große Opfer ab, doch sie wären erforderlich im Interesse der guten Sache.

Hinweg mit dem Egoismus, weg mit Kleingeist, einer größeren Opferwilligkeit Platz nehmend. Nennen wir es Opfer, wenn wir unsere Beiträge pünktlich zahlen, unsere Versammlungen besuchen? Ein jeder müsse seine besten Kräfte in den Dienst der gerechten Sache stellen, denn unsere Bewegung erfordere eben einen ganzen Mann. Nachdem wieder dem allgemeinen Wunsch, sobald wie möglich wieder einen tüchtigen Beamten hierherzuführen, denselben für die nächste Zeit Erfüllung in Aussicht stellte, schloß er seine mit brausendem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Kollege Schmitt dankte im Namen der Versammlung dem Verbandsvorsitzenden für seine trefflichen Worte, wünschend, daß es dem greisen Führer begünstigt sei, noch öfter ins schöne Siegerland zu kommen; ermahnte die Kollegen dann zu treuer gewerkschaftlicher Arbeit und mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband und seinen Führer schloß er um 7.30 Uhr die in allen Teilen befriedigende Konferenz. Nun liegt's an euch, ihr Siegerländer Kollegen! Seht zu, daß um die Zukunft unseres Verbandes. Hoch das Banner der christlichen Arbeiterbewegung! G. S.

Lübeck. Trotz mancher Stürme und vieler Schwierigkeiten war das letzte Jahr für unsere Ortsgruppe ein Jahr des Fortschritts. Der in unserer Generalversammlung am 5. Februar erstattete Jahresbericht konnte mit Stolz auf gewerkschaftliche und agitatorische Erfolge hinweisen. Obgleich wir durch die Maßfeier einen größeren Verlust an Mitgliedern hatten — bisjehigen Jahres nämlich aus, weil von unserem Verband keine Maßfeier erlaubt resp. unterstützt wird —, so hatten wir doch noch eine Mitgliederzunahme von 50 Prozent zu verzeichnen. Auch wurde eine Jahreshilfe des christlichen Holzarbeiterverbandes gegründet, sowie Sektionen unseres Verbandes in Denishurg, Seerz und auf dem Hochpönner. Auf den Berichten ist seit 1. Oktober v. Js. die 9/10stündige Arbeitszeit eingeführt mit gleichzeitiger Lohnerhöhung.

In Versammlungen wurden abgehalten: 1 öffentliche, 2 außerordentliche und 14 Mitgliederversammlungen, außerdem noch 3 Vorstandssitzungen und 3 Betriebsversammlungen in Waldhufen. Dem Kassensbericht ist zu entnehmen: An die Zentrale wurden abgeandt 123 Mk., an Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt 494,20 Mk.

Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Dienhardt 1., H. Westfahl 2. Vorsitzender; L. Westfahl 1., Schutt 2. Kassierer; Braune, Schriftführer und Schutt jun. als Vertrauensmann. Gleichzeitig wurde eine Agitationskommission gewählt, bestehend aus den Kollegen H. Westfahl, Dittmann und Erövic. Der zweite Vorsitzende wurde mit der Verwaltung der Kasse betraut.

Hoffentlich werden die Kollegen in Zukunft stets so zahlreich wie in dieser Generalversammlung zur Stelle sein und besonders die Agitation rege betreiben. Wir haben hier noch ein ergiebiges Arbeitsfeld, wenn es nur fleißig bearbeitet wird. Dazu müssen alle Kollegen ohne Ausnahme mithelfen.

Anmerkung der Redaktion. Gemäß diesem Kassensbericht wurden 494 Mk. für Erwerbslosenunterstützung ausbezahlt, während nur 123 Mk. an die Zentrale abgeführt wurden. Vier Fünftel der ganzen Einnahme wurde somit von der Erwerbslosenunterstützung verschlungen. Neben an die Zentrale Abgeführten sind auch noch andere Unterstüßungen sowie die Verwaltungsstellen zu bedenken, was aber kaum zur Bezahlung des Verbandsorgans reichen wird. Wenn Lübeck auch ein Ausnahmefall ist, so liegen die Verhältnisse aber in vielen anderen Gruppen ähnlich, und das ist der deutlichste Beweis, daß die jetzigen Beiträge bei den eingeführten Unterstüßungen nicht genügen, um unbedingt nötigen Kampffonds anzuhäufeln. Gegenwärtig beantragt die Erwerbslosenunterstützung wöchentlich über 5500 Mk., das wäre im Jahre die Summe von 275 000 Mk. Daß dann für den Hauptzweck des Verbandes zu wenig Mittel übrig bleiben, ist für jeden Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit. Da es aber sehr schwer und auch nicht empfehlenswert ist die Beiträge erhöht werden. Angesichts der hohen Unterstüßungen, die der Verband gewährt, ist es geradezu bedauerlich, daß die Mitglieder mancher Ortsgruppen selbst damit zufrieden sind und fortwährend noch alle möglichen und unmöglichen Lokalunterstüßungen verlangen. Diesem halb zur großen Gefahr angewandten Egoismus muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Unser Verband ist doch keine Unterstüßungsanstalt, sondern eine Berufsorganisation, die bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen hat. Was soll man sagen, wenn in einer größeren Ortsgruppe, die vorläufig noch nicht genannt ist, ein Lokalkomitee besteht, wonach für 10 Pfennig Extrabeitrag Erwerbslosen, Streit- und Ausbesserungsunterstützung vom ersten Tage an und zudem noch ein Zuschuß beim Sterbepfand, auch beim Tode der Frau eines Mitgliedes, von hundert Mark gewährt wird. Daß Leute mit gesundem Menschenverstand ein solches Komitee beschließen können, wird einem unbegrifflich erscheinen müssen. Trotzdem sind in der letzten Generalversammlung dieser Ortsgruppe auch noch weitergehende Anträge gestellt worden, wo die jetzigen Zustände doch schon den Zusammenbruch und Bankrott unausweichlich im Gefolge haben müssen. Seien daher alle Ortsgruppen dringend gewarnt, hier gefährliche Experimente zu machen, die nachher schmerzhaft auslaufen und auch jeden Idealismus erlöchen lassen. Nicht aufgeben in Unterstüßungen und wieder Unterstüßungen, sondern Anstrengung eines starken Kampffonds durch erhöhte Opferwilligkeit wird unsern Mitgliedern den größten Vorteil und Segen bringen.

Schwabmünd. Unsere diesjährige Generalversammlung am 1. Februar hätte etwas besser besucht sein können, denn der Besuch eines Massenballs und sonstigem Amüsement kann wohl kaum als triftiger Entschuldigungsgrund zum Fernbleiben in Betracht kommen. Aus dem vom Geschäftsführer erstatteten Geschäfts- und Kassensbericht ist folgendes hervorzuheben: Das Jahr 1907 ist, trotzdem wir nicht genügend waren, eine Bewegung großen Stils zu führen, wie dies im Herbst 1906 der Fall, dennoch ein Jahr der Arbeit für die Interessen der Kollegen und Kolleginnen für die Gründer Industrie gewesen: haben wir auch damals einige Erfolge erzielt, so lehren uns doch die Tatsachen, daß, wenn nicht eine starke Organisation darauf steht, daß auch die damals getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden, dieselben für manche unserer Arbeitgeber als nicht existierend betrachtet werden.

Das geht auch zur Genüge aus der hohen Zahl von Versammlungen und Sitzungen hervor, die aus diesem Grunde abgehalten werden mußten, hervor. Ferner ist der zahlreiche Besuch und Teilnahme der Geschäftsstelle seitens der Kollegen und Kolleginnen ein Beweis, daß die Errichtung einer solchen eine bringende Vorbedingung gewesen ist.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1906

928. Durch Neuaufnahmen und Verschmelzung der Ortsgruppen Neuningen und Untertoden wurden der Verwaltungskasse 361 Mitglieder zugeführt. Vom sozialdemokratischen Metallarbeiter- und Grubenarbeiter sind zu uns übergetreten 88 männliche und 14 weibliche Mitglieder. Demgegenüber steht ein Abgang — durch Abreise, Austritt, Ausschluss und Tod verursacht — von 243 Mitglieder. Somit zählt die Verwaltungskasse zum Schluß des Jahres 1907 1148 Mitglieder.

Das Bild der Kassenverhältnisse ist folgendes: 1. Einnahmen der Hauptkasse 21 801,20 Mk. An die Zentrale abgeleitet 14 529,95 Mk. An Unterstüßungen wurden insgesamt ausbezahlt: 1. Mithilfeunterstützung 676,— Mk., 2. Meilenunterstützung 8 Mk., 3. Arbeitslosenunterstützung 2 470,50 Mk., 4. Krankenunterstützung 1 746,50 Mk.

2. Mithilfe der Lokalkasse betragen 6 801,77 Mk. Die Ausgaben sind folgende: 1. Gehälter 1 600 Mk., 2. Entschädigung an die Unterkassierer 732,28 Mk., 3. Bibliothek, Schreibmaterialien und Porto 314,96 Mk., 4. Inzerate und Versammlungen 458,57 Mk., 5. Agitation und Lohnbewegung 819,19 Mk., 6. Büro, Licht und Heizung 260,27 Mk., 7. sonstige Ausgaben 270,— Mk., 8. Unterstüßungen 1 746,50 Mk.

Obige Zahlen dürften zur Genüge beweisen, daß es richtig ist, wenn gesagt wird, daß auch ein großer Teil der eingezahlten Beiträge wieder den Mitgliedern als Unterstüßung zufließen, und daß deshalb die Ansicht einzelner, daß man nur zahlen soll und nichts herausbekomme, unbedingt als irrig und verkehrt bezeichnen muß. Leider haben wir auch die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß Kollegen, nachdem sie Unterstüßung erhalten haben, austreten. Solche Kassenmarder verdienen in Zukunft nicht mehr als Kollegen angesehen zu werden; krasser und verabscheuungswürdiger Egoismus sprechen aus einer solchen Handlungsweise.

Das Urteil ist wohl hart und scharf, aber voll auf berechtigt, wenn man bedenkt, daß z. B. der Arbeiter Joh. Hillberger 120 Mk. Krankenunterstützung bezog, dann aufstehenderweise plötzlich gesund wurde und zu gleicher Zeit seinen Austritt erklärte. Wir werden es auch zukünftig nicht unterlassen, solche Herren an den Pranger zu stellen, indem wir die Namen derselben veröffentlichen, damit unsere Kollegen auch diejenigen kennen lernen, die einer solchen Mißhandlung schuldig sind.

Der Punkt Neuaufnahme ergab für die Besetzung des Vorsitzenden: Kaffierer- und Schriftführerpostens keine Veränderung, da die fraglichen Kollegen einstimmig wiedergewählt wurden. Als Beisitzer dagegen war die Wahl einiger neuer Mitglieder notwendig, da verschiedene Kollegen durch Familienverhältnisse gezwungen waren, auf eine Wiederwahl zu verzichten.

Nachdem noch einige der Geschäftsführer einige gewünschte Mitteilungen gemacht wurden, schloß derselbe mit einem kräftigen Applaus an den Opfermut und die Ausdauer der Kollegen und Kolleginnen und mit einem Hoch auf den Verband die so anregend und schön verlaufene Generalversammlung.

Schramberg. Der 19. Januar ist vorüber; es wurde in Nr. 1 unseres Organs geschrieben, er solle einen neuen Zeitabschnitt in unserer Ortsgruppe bilden. Die Generalversammlung, welche an diesem Tage stattfand, brachte wohl manche Neues, aber die Kollegen huldigten der alten Laublied. Es war eben schönes Wetter und verschiedene Vergnügen, was leider beim Schramberger zuerst kommt. Die Gewerkschaftsversammlung kann man ja besuchen, wenn anderorts nichts los ist.

Dem zukunftsweisenden, dem Vorsitzenden Kollegen Süppchen erklärte, entnehmen wir, daß im verfliegenen Jahre 21 Sitzungen abgehalten wurden, davon 9 mit Vertrauensmännern. Versammlungen tagten 18 ordentliche und 4 außerordentliche für Mitglieder, 3 öffentliche, 4 Versammlungen außerdem, eine für Kolleginnen und während der Kassenprüfung 23 April. Wir waren dann weiter beteiligt an den Vorbereitungen zur Gewerbegerichtswahl und an der Stellungnahme zu den feilig steigenden Lebensmittelpreisen. So wurde im Juli die Beitragsrechnung auf 60 Pfg. durchgeführt. Der Vermögensaufschuß war das ganze Jahr hindurch der Grund hinter Klage. Interessentlosigkeit, Mangel an Interesse und Bosheit einiger Nach-Kollegen brachten uns auch am Mitgliedsstande ständige Verluste bei. Die Kassenverhältnisse sind im allgemeinen als gut zu bezeichnen. (Was soll man darunter eigentlich verstehen? D. Red.)

Hiermit Veränderung trat in der Vorstandsliste ein. Kollege Süppchen, der unsere Ortsgruppe jahrelang mit Geduld und Ausdauer geleitet, lehnte eine Wiederwahl als Vorsitzender ab mit dem Versprechen, daß er auch ferner in gewohnter Weise für unsere Sache eintriften werde. Ihm sei daher auch an dieser Stelle nochmals unser warmster Dank für seine Arbeit und Mühe ausgesprochen. Die Wahl hatte als Resultat: 1. Vorsitzender Kollege August Mantel, 2. Vorsitzender Thomas Aug. Kaffierer und Karl Werner, Schriftführer wie früher Franz Höpplinger, Aufsicht: Eugen Süppchen, Johann Wink, Wilh. Bäuerle und Ernst Günther. Beisitzer: August Haller und Wilh. Hofmann. Kartellbelegierte: August Mantel, Eugen Süppchen, Thomas Aug. Kaffierer, Karl Werner, Joh. Ball und Herrmann Fuhrer. Die einstimmige Wahl der Vorgenannten zeigte, daß man in sie das Vertrauen setzt, für das Wohl und Befreiung des kommenden Jahres richtig zu sorgen. Diese Gewählten treten aber mit aller Umsicht an die Kollegen und Kolleginnen heran und verlangen, daß der einzelne sie auch tatkräftig unterstüße. Unter keinen Umständen darf der alte Schandrian des Vorjahres wieder erinieren. Sie werden wie der vorjährige Aufsatz nach besten Kräften eintreten für die Interessen der Gesamtheit wie des einzelnen, können aber nur fruchtbringende Arbeit leisten, wenn die Kollegen Mann für Mann hinter ihnen stehen und mitarbeiten. Zum Schluß ist unsere gegenwärtige Zeit tatkräftig nicht geeignet, um so weit aber zur Agitation und zur Erklärung. Wir betrachten die Zahl der uns treu verbundenen als festen Stamm und ermahnen von ihm, daß er der Sache entgegensteht, komme sie woher sie wolle, mit Ausdauer, Mut und Entschiedenheit. Darum auf, Kollegen und Kolleginnen, zu ernster Arbeit. Steht fest, wenn Euch der Sturm weht, so wie die Fackel im Sturm, die der Ort an entzündet wohl, doch heuzen niemals fann!

Für weiteren Mitteilung diene allen, daß von jetzt ab jeder Fall von Krankheit, Erwerbslosigkeit, Aussetzung, Neuannahmen usw. beim Vorsitzenden Kollegen August Mantel, Leibbrandstraße 11, sofort zu melden ist, entweder mündlich oder schriftlich durch Postkarte. Das Warten, bis der Vertrauensmann kommt, ist nicht angebracht, wenn man alles in Ordnung haben will.

Söln-Chrenfeld. In unserer letzten Versammlung wurde nach einem Vortrag des Kollegen Öring einstimmig beschlossen, unsere Zahlstelle mit der Verwaltungskasse Söln zu zentralisieren. Wir sind überzeugt, daß dieser Schritt zum Wohle des Verbandes und der Mitglieder sein wird. (Hoffentlich werden die anderen Zahlstellen der Söln Umgebung hierin bald folgen. Red.)

Duisburg. Wie befinden uns erst im Beginn der Krise und schon werden aus allen Industriebezirken horrende Lohnreduzierungen, sowie Arbeiterkündigungen in größerer Anzahl gemeldet. Naturgemäß schmilft bei der ungeheuren Masse von Arbeitslosen den Unternehmern und im besonderen den Meistern der Kampf ganz gewaltig. Jetzt glauben die Herren die Zeit wieder gekommen, wo sie wieder im Kasernenton den Arbeitern entgegenzutreten und ihnen die Macht des Stärkeren fühlen lassen können. Wir suchen vergeblich nach der „Kameradschaftlichkeit“ zwischen Direktoren und ihren Arbeitern, die so oft empfohlen und sogar von unseren Industriegehaltigen mit Beifall aufgenommen worden ist. Auch die Arbeiter der Firma Eich und Stein in Duisburg mußten das „Wohlvollen“ ihrer Arbeitgeber an ihrem eigenen Leibe erfahren. Abgesehen von den Lohn-Verhältnissen, wollen wir uns heute hauptsächlich mit der Behandlung beschäftigen, die diese Firma und deren Unter-Organen ihren Arbeitern angedeihen läßt.

Anfang Januar wurden 7 Formner, 5 Strummacher und 3 Modelldreiner wegen Mangel an Arbeit gekündigt. Während der Kündigungszeit verlangte man von denselben Arbeitern die Berrichtung von Ueberstunden, an die Strummacher und Modelldreiner erging sogar der Befehl, Samstag nachts durcharbeiten. Wo hier Mangel an Arbeit zu suchen sei, ist den Arbeitern unerfindlich. Die ganze Sache trägt auch offensichtlich den Charakter einer Schikane, ist es doch mehr als Zufall, daß es der neuwählte Vorstand der Fabrikantenkasse und die Vertrauensleute der Arbeiter waren, die von der Kündigung betroffen wurde. Die Arbeiter der Firma waren nämlich der Ansicht, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn statt der bisherigen Meister nun Arbeiter in den Vorstand gewählt werden. Dadurch zogen sie sich aber die Ungnade der Herren Meister zu und die Gewählten mußten für ihre „Unmähung“ büßen. (Auch ein Beitrag zum Kapitel: Selbstverwaltungswesen der Fabrikantenkassen. D. R.) Ueberdies wurden mit der Kündigung Arbeiter bedacht, welche schon 9 Jahre und noch länger im Betriebe tätig waren, während man erst kurz Eingestellte weiterhin beschäftigte. Nun, die Arbeiter sind ja gewohnt, nach dem Grundsatz behandelt zu werden: Der Mohr hat seine Schuldigkeit gelan, er kann gehen.

In einem solchen Betriebe sind natürlich die Meister der Organisation nicht hold, insbesondere sind es die Führer, die sich den Haß derselben zugezogen haben. So suchte der Meister Konrad die Leute dadurch scharf zu machen, daß er ihnen zu Gemüte führte, der hiesige Beamte unseres Verbandes sei überall rausgeschlagen und lebe nur von Arbeitergroßen. Wir glauben, Meister Konrad ganz gerne, daß unabhängige Leute für ihn eine große Unannehmlichkeit darstellen, ist doch sein Sündenregister ein äußerst langes und umfangreiches. Es ist sehr heilsam, wenn ihm dieses ab und zu von Leuten vor Augen geführt wird, die nicht unter seiner Botmäßigkeit stehen und an denen seine Rachegefühle fruchtlos abprallen.

Die Arbeiter der Firma Eich und Stein besaßen sich nun in einer Werkversammlung mit diesen Vorkommnissen und beschloßen, an die Firma das Ersuchen zu stellen, wegen dem angeblichen Arbeitsmangel eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, die Kündigung aber zurückzuziehen. Diese Eingabe wurde von allen unterschrieben, bis auf den Formner Franz und den Formner, Gewerbegerichtsbeisitzer, Stadtverordneter und nationalliberalen Reichstagskandidat für Duisburg — Herrn Christoph Jung. — Letzterer scheint eigentümliche Ansichten über die Vertretung von Arbeiterinteressen und Solidarität zu haben. Leider hat die Firma her Eingabe nicht freigegeben, sondern die Entlassungen vollzogen. Wann endlich lernen auch unsere Metallarbeiter in Duisburg begreifen, daß sie sich organisieren müssen? Kollegen, schließt euch dem christlich-soz. Metallarbeiterverband an, dann seid ihr in der Lage, schützende Maßnahmen der Unternehmer erfolgreich abzuwehren und auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit einen Stützpunkt zu finden. D. R.

Koblenz. Unsere diesjährige General-Versammlung am 26. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nachdem der Kassierer die Abrechnung des letzten Quartals berlesen hatte, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Zahl der Mitglieder sich auf ihrer Höhe gehalten hat. Im Berichtsjahre wurden 10 Monatsversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, 52. Geschäftsstunden und 2 Vorstandssitzungen abgehalten. Während die Geschäftsstunden, Vorstandssitzungen und öffentliche Versammlungen einen guten Besuch aufzuweisen hatten, ließ der Besuch der Monatsversammlungen zu wünschen übrig. Hoffentlich wird in diesem Jahre auch der Besuch dieser Versammlungen zuzunehmen sein.

Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 4031,24 Mk., die Ausgabe 1458,28 Mk. An die Zentrale wurden abgeleitet 2592,96 Mk. Dem Berichte entnehmen wir über die Lokalkasse folgendes: Kassenbestand am Schluß des Jahres 1906: 247,30 Mk., Einnahme im Jahre 1907: 1196,87 Mk., Summa 1444,17 Mk. Die Ausgaben betragen 764,72 Mk., mithin verbleibt am Schluß 1907 ein Lokalkassenbestand von 679,45 Mk. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung betragen aus der Hauptkasse 300,50 Mark, aus der Lokalkasse 229,00 Mk., zusammen also 529,50 Mark. In den Monatsversammlungen wurden für 57,75 Mark Broschüren verkauft.

Im großen und ganzen könnten wir also, wenn sich unsere Mitgliederhältnisse besser entwickelt hätten, zufrieden sein. Hoffen wir, daß auch in dieser Hinsicht im nächsten Jahre bessere Erfolge zu verzeichnen sind.

In der Vorstandswahl, die der Berichterstatter folgte, wurde der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Am den Besuch der Monatsversammlungen zu haben, erbat der Vorstand sich Vorschläge über die Themas, die in den Versammlungen zu behandeln seien. Der Vorstand wird die geäußerten Wünsche berücksichtigen und hofft, daß auch die Kollegen ihre Pflicht in bezug auf Versammlungsbesuch besser erfüllen, als im verfloßenen Jahre.

Der Vorsitzende machte hierauf bekannt, daß die Vertrauensmänner-Bezirke neu eingeteilt wurden und daß dazu noch einige Kollegen als Vertrauensmänner notwendig seien. Es meldeten sich daraufhin verschiedene Kollegen, jedoch das Vertrauensmännerystem neu eingerichtet werden konnte. Durch einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden, in dem zur regen, unermüdbaren Agitation aufgefordert wurde, fand die Generalversammlung ihr Ende.

Rogheim. Unsere diesjährige General-Versammlung am 2. Februar war gut besucht. Am 2. Februar hielt der Vorsitzende ein Referat über die christliche Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Leben, das sehr beifällig aufgenommen wurde. Dann wurde ein Antrag angenommen, bei Krankheitsfällen in den ersten zwei Wochen eine Unterstützung aus der Lokalkasse von 4 Mk. wöchentlich zu gewähren und dafür statt bisher 60 jetzt 65 Pfg. Wochenbeitrag zu bezahlen. Diese Unterstützung tritt jedoch erst nach einjähriger Karenzzeit in Kraft. Zum Schluß ernannte der Vorsitzende in eindringlichen Worten die Kollegen, unermüdblich in der Agitation tätig zu sein. Hier gibt es noch so viele Arbeiter, die abseits stehen, die von uns aufgerüttelt, belehrt und in unsere Reihen eingefügt werden müssen. Selbst in christlichen Vereinen herrscht oft noch die größte Unkenntnis und Bestimmungslosigkeit, wie wir kürzlich ja einen Fall von hier berichtet haben. Soll es mit unserer Entwicklung besser gehen, dann heißt es Aufklärung verbreiten und ohne Unterlaß die Agitation von Mund zu Mund betreiben. Deshalb auf die Schanzen, Kollegen von Rogheim, gegen Egoismus und Stumpfheit, für Solidarität und Fortschritt.

Hoppede-Wontkirchen. Die hiesigen Gruppen unseres Verbandes hielten auch mal wieder Geversschau ab. In Wontkirchen fand am 2. Februar, 4 Uhr nachmittags, eine Versammlung statt, es hatten sich etwa 50 Kollegen eingefunden. In Hoppede, wo 7 Uhr abends die Versammlung stattfand, hatten sich etwa 30 Kollegen eingefunden. Weil die Wahl der Arbeitervertreter zum Arbeiterausschuß in nächster Zeit bevorsteht, wurde Kollege Kieseherer aus Meheim gebeten, über die Aufgaben des Arbeiterausschusses zu referieren. Die Worte des Redners wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Hoffen wir, daß der praktische Erfolg so reichlich sei, wie der Beifall war.

In Wontkirchen nahm auch der hochw. Herr Pfarrer an der Versammlung regen Anteil. In kurzen Zügen behandelte er auf die hohen Aufgaben der Arbeiterbewegung hin. Zum Schluß gedachte Redner der sozialen Gesetzgebung und ließ seine Worte in ein Hoch auf Sr. Majestät verfliegen. Die Versammlung stimmte begeistert ein und sang die Nationalhymne. Der Referent forderte im Schlußwort die Kollegen auf, sich insgesamt dem Verbands anzuschließen. Ohne Einigkeit und Solidarität der Arbeiterklasse kann der beste Arbeiterausschuß nichts erreichen. Soll der Arbeiterausschuß nur Dekoration sein, dann — fort damit! Kollegen, besonders die ihr eine Familie habt, wie waltet ihr es verantworten? Wer heute noch gleichgültig an der christlichen Arbeiterbewegung vorübergeht, ohne sich anzuschließen und mitzuwirken, der hat die heutige Zeit nicht begriffen. Kollegen wachet euer Interessen, tretet bei, wickelt und werbet für eure Standesvereinigung.

Grauden. Allmählich geht es auch bei uns im Osten mit der christlichen Gewerkschaftsfrage vorwärts. Das bewies auch unsere Generalversammlung am 2. Februar, die sich eines guten Besuches erfreuen konnte. Aus dem Jahresbericht ist mitzuteilen, daß im Berichtsjahr zwei öffentliche, 13 Mitgliederversammlungen und 4 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Gesamteinnahme betrug 626,20 Mk., Ausgabe der Hauptkasse 343,25 Mk., darunter allein 250 Mk. für Kranken- (Erwerbslosen-) Unterstützung. In die Hauptkasse wurden noch 283,65 Mk. abgeliefert, an die Bezirkskasse 46,12 Mk. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Jahreschluß 62,73 Mk.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß der Verband für die Kollegen eine große Wohltat ist und auch daß er seinen Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber stets nachkommt. Die lügenhaften Ausstreunungen unserer Gegner am hiesigen Orte, als ob unser Verband seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könnte, sind damit am besten als Lügen gekennzeichnet. Christliche Metallarbeiter von Grauden! Laßt euch nicht beeinflussen von Leuten, die eure schlimmsten Gegner sind. Wacht euch auf und schließt euch alle dem christlichen Metallarbeiterverband an, soweit ihr noch fernsteht. Unsere Mitglieder aber seien stets überall auf dem Posten, in der Agitation, bei den Versammlungen und überall, wo es die Rechte des Arbeiters zu verteidigen gilt.

Anmerkung der Redaktion. Von 626 Mk. Einnahme wurden allein 250 Mk. für Erwerbslosenunterstützung und im ganzen 343 Mk. am Orte verausgabt. Die an die Zentrale abgegebene Summe ist zweifellos verhältnismäßig nicht genügend, um die Hauptaufgabe des Verbandes, Eringung besserer Lebensbedingungen, erfolgreich durchzuführen zu können. Denn dazu bedürfen wir eines starken Kampfbündes, und um diesen anzuhäufen, muß sich die Opferwilligkeit der Kollegen weiter praktisch betätigen.

Kaiserlautern. Wie durch persönliche Heberden und verführte Lohnbewegungen das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation schwinden kann, mußte unsere hiesige Jahreshilfe erfahren. Unsere Mitgliederzahl ging von 162 wieder auf 60 herab. Unser früherer Vorsitzender hatte durch verschiedene Vorkommnisse das Vertrauen der Mitglieder verloren. Es gab heftige Auseinandersetzungen in den Versammlungen. Die Folge davon war, daß den Mitgliedern der Besuch der Versammlungen verleidet wurde, wodurch die Jahreshilfe den Krebsgang ging. Ein vom roten Metallarbeiterverband einseitig vom Saum gedrogener Streit, welchen wir natürlich nicht mitmachen konnten, brachte viel Verwirrung unter die Kollegen, da von unserer Seite die nötige Aufklärung unterblieb. (Aus welchen Gründen ist die denn unterblieben? Red.) Ferner mußten wir

hier die traurige Erfahrung machen, daß Lutz vor dem Streit auf dem hiesigen Eisenwerk eine ganze Anzahl „Auch-Kollegen“ dem Verbands beitrug, während der Bewegung reichlich Unterstützung bezog und dann in der gewissenlosesten Weise dem Verbands wieder den Rücken legte. Solch erbärmliches Gebahren verdient öffentlich niedriger gehängt zu werden. Das sind die Schamkasper, der Krebschaden an der vormaligen Arbeiterbewegung.

Unsere Generalversammlung vom 1. Februar gab zu neuen Hoffnungen Anlaß. Es wehte wieder ein frischer Zug unter den Kollegen. Alle waren sich einig, daß alle persönlichen Nebereien unterbleiben und nur das Interesse der Gesamtheit im Auge behalten werden müsse. Die Vorstandswahl wurde einstimmig wiedergewählt, und ging die Wahl glatt von statten. Hierauf hielt Kollege A. Lenhardt einen interessanten Vortrag, in welchem er besonders die Ursachen des Rückganges in der hiesigen Arbeiterbewegung darlegte. Sowohl die Freien wie die Christen-Dauerer haben hier ganz enorme Mitgliederverluste zu verzeichnen. Ganz besonders auf die Notwendigkeit der Kleinarbeit hinweisend, schloß Kollege Lenhardt seinen interessanten Vortrag. Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen warmen Appell an die Mitglieder, jeder müsse ein Agitator sein, und ganz besonders bei der jetzt stattfindenden Hausagitation seine Person in den Dienst der Sache stellen, damit das Jahr 1908 ein jegensreiches für den Verband und unsere Jahreshilfe werde.

Süden. Allzu scharf macht schartig; dieses Wort sollten sich manche Unternehmer, die jetzt während der Krise ihren Herrenstandpunkt rückwärtslos herauslehren, hinter die Ohren schreiben. Auch der Firma W. Meyer, Bismarckfabrik, Lünen, scheint über Nacht der Machtstempel gekommen zu sein. War es den Kollegen während der flotten Zeit möglich, in anständigem, maßvollem Tone mit der Firma zu verhandeln und auch eine Lohnverbesserung zu erringen, so scheint es jetzt, als ob man sich von Seiten der Firma außer Arbeiterklasse rücken wolle.

Ein fünfzig Jahre alter Arbeiter, der die Abortkubel entleeren sollte, sich dessen aber weigerte mit der Entschuldigend, daß er sich übergeben müsse, wenn er eine derartige Arbeit verrichte, wurde, trotzdem derselbe über acht Jahre dort beschäftigt war, sofort entlassen. Ein anderer Kollege, der auch bereits 8 Jahre dort beschäftigt ist, wurde gekündigt ohne Angabe eines Grundes. Erst das energische Vorgehen unseres Organisationsvertreters nötigte der Firma das Bekenntnis ab, daß sie veranlaßt, der betreffende Kollege sei der Vertrauensmann unseres Verbandes und darum werde er entlassen.

Wenn die Firma W. Meyer glaubt, durch derartige brutale Maßnahmen christlich organisierte Arbeiter fürre zu machen, so ist sie gewaltig im Irrtum. Wir werden schon dafür sorgen, daß auch die Bäume der Firma Meyer nicht in den Himmel wachsen. Wir wissen nun allerdings, daß der Firmeninhaber Herr W. Meyer jen. wohl kaum in so schroffer Weise vorgehen würde, wenn ihm nicht von Seiten seiner Herren Söhne die Ohren vollgehangen würden. Weiß Geistesfinder diese jungen „Herren“ sind, davon hier einige Beispiele.

Der jüngste „Herr“ benutzt in Ermangelung von Spudnäpfen die Gesichtser und den Körper der Lehrlinge zum Anspucken. Alte Arbeiter, die morgens schon beiziten an der Arbeit sind, läßt der „junge Herr“ ruhig vor dem Marientafel stehen, höhnisch bemerkend, vor sechs Uhr mache er den Kasten nicht auf. Was der „Junge“ sonst noch treibt, z. B. auf dem Lager in Gegenwart anderer Arbeiter, läßt sich hier nicht gut wiedergeben. Wir möchten Herrn Meyer nur raten, sich da einmal etwas darum zu bemühen und für eine bessere Behandlung der Arbeiter durch seine Herren Söhne zu sorgen.

Auch dem älteren „Herrn“ Meyer junior wäre anzuraten, sich eines anderen Tones den Arbeitern gegenüber zu bedienen. Mit „in die Freije hauen“ usw. werden keine Arbeiter angerebet, „Herr“ Meyer! Diesen Herren wäre Knigge Umgang mit Menschen zum eifrigen Studium zu empfehlen.

Im übrigen wollen wir den Kollegen nur raten, sich durch das Vorgehen der Firma Meyer in keiner Art und Weise einschüchtern zu lassen. Mag auch die augenblickliche Zeit nicht geeignet sein, größere Aktionen zu unternehmen, es kommt auch wieder anders, und wenn die Kollegen fest und treu zusammenstehen wird es möglich sein, solchen Unternehmern auf ihr scholles Vorgehen die richtige Antwort zu geben.

Söden. Drei Versammlungen hatten wir Sonntag den 2. Februar im Lokale Jank zu Schlich einberufen, und zwar eine Vorstandss- und Vertrauensmänner-Versammlung, General-Versammlung und eine öffentliche Versammlung. (War das des Guten nicht allzu viel? Red.) In der Vorstandss- und Vertrauensmänner-Versammlung wurde der vom Kassierer Koll. Wetstein vorgelegte Jahresbericht und die Bücher genau geprüft und der General-Versammlung vorgelegt. Danach hatten wir am Anfang des verfloßenen Jahres 65 und am Schluß 68 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 19 Mitglieder aufgenommen worden. Ausgeschieden sind: 1 gestorben, 1 abgereist, 2 Soldat, die anderen sind teils durch Berufswechsel, teils aus anderen Gründen ausgetreten. Im Laufe des Jahres wurden 1 öffentliche, 12 Mitglieder- und 14 Vorstandss- und Vertrauensmänner-Versammlungen abgehalten. Diefelben waren durchschnittlich gut besucht. Nur sind einige Kollegen, die glauben, das hätten sie nicht nötig; natürlich kann man nicht verlangen, daß alle Mitglieder immer zur Versammlung kommen, besonders da wir doch auf 15 Dörfer zerstreut wohnen und schlechte Verbindungswege haben.

Die Bilanz der Hauptkasse ist folgende: Einnahmen: Eintrittsgelder 9,50 Mk., Wochenbeiträge 1446,50 Mk., Delegiertensteuer 25,30 Mk., 12 Protokollbücher, 6 Plakate 7,20 Mk., Summa 1488,50 Mk. — Ausgaben: An die Zentrale geschickt 1175,51 Mk., 15 Proz. der Wochenbeiträge 216,99 Mk., Kranienunterstützung 61,00 Mk., Sterbegeld 35,00 Mk., Summa 1488,50 Mk.

Die Bilanz der Lokalkasse ist folgende: Einnahmen: Bestand am 1. Jan. 1907 61,46 Mk., 15 Proz. der Wochenbeiträge 216,99 Mk., Lokalkassebeitrag 278,30 Mk., Rüfen 1,53 Mk., Summa 558,28 Mk. — Ausgaben: Porto, Schreibmaterial und Bücher 36,05 Mk., Unterstützung 55,70 Mk.,

Delegiertensteuer 25,30 Mk., an Bezirk geschickt 108,48 Mk., Summa 225,53 Mk. — Einnahmen 558,28 Mk., Ausgaben 225,53 Mk., Bestand der Lokalkasse 332,75 Mk.

Auch hatten wir im Laufe des Jahres eine Jubiläumswegung, welche mit teilweisem Erfolg endete. Unser Bezirksleiter Kollege Woll, welcher die Rechnungen geprüft und zollte dem Kassierer Kollegen Wetstein ungeteiltes Lob. Auch die Beisitzer erklärten, daß alles genau stimmte, worauf dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. — Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der Vorsitzende und der Kassierer wiedergewählt, als 2. Vorsitzender wurde Koll. Meissen, als 2. Kassierer Kollege Spögen, als Schriftführer Kollege Wirth, Houth und als Beisitzer die Kollegen Daniel Püh und Michael Schmitz neu gewählt.

In der nun folgenden öffentlichen Versammlung hielt Kollege Woll ein Referat, das viel zur Schulung und Begeisterung der Mitglieder beitrug und auch einige Annehmlichkeiten brachte. Nun, Kollegen, auf dem Wege weiter marschiert, immer vorwärts. Unsere Parole sei Schulung und Agitation. Dann wird auch unsere Gegend nicht mehr das Schmerzenskind des Verbandes genannt werden können.

Vaals (Holland). Am 26. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, welche leider schwach besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Wenders richtete einen Appell an die Mitglieder, die Versammlungen etwas besser zu besuchen, denn wir haben Kollegen in unseren Reihen, die seit Gründung der Ortsgruppe noch nicht in einer Versammlung gewesen sind. Der Vorsitzende erstattete hierauf den Jahresbericht. Wie haben 12 Mitglieder-Versammlungen, 2 öffentliche und 1 Agitationsversammlung abgehalten; sowie 17 Vorstands- und Vertrauensmännersitzungen. Im Januar 1907 zählten wir 27 Kollegen und haben es doch bei 13 Austritten, die meistens bei Einführung des 60 Pfg.-Beitrags erfolgten, auf 37 Mitglieder gebracht.

Bei der Vorstandswahl wurden neu-bezüglich wiedergewählt: Peter Wenders, Vorsitzender; Hubert Mellebrand, Schriftführer; Hubert Kohlen, Kassierer; Jakob Pohlen und Hubert Brock als Beisitzer. Aus dem nun folgenden Kassenbericht sei erwähnt: Die Einnahmen betragen 970,90 Mk., die Ausgaben 293,51 Mk., an die Zentrale abgeliefert 677,39 Mk. Der Lokalkassenbestand betrug im Januar 1907: 22,52 Mk. im Januar 1908: 94,83 Mk.

Kollege Bremen aus Aachen hielt darauf einen gediegenden Vortrag über Zweck und Ziele der Organisation. Jetzt Kollegen von Vaals heist es aus dem Schlummer aufgewacht und sämtliche Kollegen einmal Hand angelegt in der Agitation! Denn hier in Vaals sind noch 80 bis 90 Metallarbeiter für unsern Verband zu werben. Darum von jetzt ab jeden Sonntag, morgens 10 Uhr im Verkehrslokal, zwecks Hausagitation. Vor allem dann auch die Versammlungen fleissiger besuchen.

Im Anschluss hieran sei darauf hingewiesen, dass vom hiesigen christlichen Gewerkschaftskartell ein Verkehrslokal eingerichtet wurde. Das ist: Restauration Franz Glück, Vaals, Bergstrasse 10. Allen Kollegen von Vaals und auch den Zu- und Durchreisenden Kollegen bestens empfohlen. In nächster Zeit soll dort auch ein Arbeitsnachweis sowie Auskunftsbüro eingerichtet werden; dann ist es auch selbstverständlich Pflicht aller Mitglieder, von den gebotenen Vorteilen regen Gebrauch zu machen und auch diese Einrichtungen nach Kräften zu unterstützen. Das christliche Gewerkschaftskartell ist äusserst rührig und wird um so schönere Erfolge erzielen, je mehr seine Arbeit Unterstützung findet.

Christliche Arbeiter von Vaals! Im laufenden Jahre heisst es wie im alten: Hoch die christliche Gewerkschaftsbewegung!

Mülheim a. Rhein. Bei starkem Besuche fand am 2. Februar unsere anregend verlaufene Jahresversammlung statt. Den breitesten Raum der Verhandlungspunkte nahmen der Kassen- und Tätigkeitsbericht vom Jahre 1907 in Anspruch. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht ergab ein erfreuliches Bild über die Entwicklung des Kassenwesens. Für die Zentralkasse wurden 5155,29 Mk. eingenommen. Hieron wurden 719 Mk. an Erwerbslose, 20 Mk. an reisende, 103 Mk. an gemäßigtere Mitglieder, sowie 80 Mk. an die Hinterbliebenen gestorbener Kollegen ausgezahlt. Ferner wurde von obiger Summe die der Lokalkasse verbleibenden 15 Prozent der Wochenbeiträge in Abzug gebracht, jedoch an die Zentrale noch 3446,50 Mk. eingeliefert werden konnten. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2483,81 Mk., wofür eine Ausgabe von 1820,25 Mk. gegenübersteht, somit Lokalkassenbestand am 1. Januar 1908 von 663,57 Mk. Nachdem die Kassenrevisoren die Kassenführung als geordnete geschildert hatten, wurde dem Kassierer für seine mühevolle und muster-gültige Tätigkeit der Dank seitens der Mitglieder ausgesprochen und einstimmig Entlastung erteilt. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht ist folgendes zu entnehmen:

Die im Februar 1907 erfolgte Beitragserhöhung von 50 auf 60 Pfg. brachte erfreulicher Weise der Ortsverwaltung keinen Rückgang in der Mitgliederzahl, sondern sie hat einen bedeutenden Mitgliederzuwachs im Gefolge gehabt. Es wurden in der Berichtszeit in den der Ortsverwaltung angehörenden sieben Sektionen insgesamt sechs öffentliche, 79 Mitgliederversammlungen und 67 Vorstandss- und Vertrauensmännersitzungen abgehalten. Zu bemängeln ist aber, daß von Seiten der Mitglieder dieser zur Be-

Lehrung und Aufklärung dienenden Versammlungen zu wenig Interesse entgegengebracht wurde. 16 Werkstättenbesprechungen wurden arrangiert, welche sich mit den in verschiedenen Betrieben vorherrschenden Arbeitsverhältnissen befaßten. Mit Erfolg wurde in einer Sektion eine Hausnagelation abgehalten. Eingedenk des Wortes: „Wissen ist Macht!“ haben die Kollegen auch von der Bibliothek regen Gebrauch gemacht. Außerdem wurden 185 Broschüren gewerkschaftlichen Inhalts verkauft.

51 arbeitslose Kollegen mit 206 arbeitslosen Tagen zeugen davon, daß auch hierorts sich der wirtschaftliche Niedergang bemerkbar macht. Der Arbeitsnachweis fand starke Inanspruchnahme und ist durch denselben manchem arbeitslosen Mitgliede wieder Arbeit und Verdienst verschafft worden. Erfreulich ist die Berufung eines unserer Mitglieder zum Amte eines Schöffen. Die Mitgliederzahl war einer starken Fluktuation unterworfen. 115 Aufnahmen stehen 72 Austritten und 44 zugereisten 55 abgereisten Kollegen gegenüber. Zwei Kollegen verloren wir durch den Tod.

Zum Schluß seiner Ausführungen sprach der Vorstand allen Vertrauensmännern und Mitgliedern, welche im vergangenen Jahre an dem Ausbau unseres Verbandes mitgearbeitet hatten den besten Dank aus. Er ermunterte die anderen, auch im kommenden Jahre treu zum Verbands zu stehen, ein jeder möge seine ganze Kraft in den Dienst unserer gerechten Sache stellen, damit wir am Ende dieses Jahres mit einem erheblichen Mitgliederzuwachs rechnen können.

In der sich anschließenden Diskussion wurde vonseiten unseres Bezirksleiters Schmidt die Zentralisierung mit Rücksicht auf den Vorzug gebracht. Nach längerer Debatte hierüber wurde beschlossen, in einer demnächst stattzufindenden Vorstandssitzung und Vertrauensmännerversammlung diese Angelegenheit in Anwesenheit unserer Bezirksleitung eingehend zu behandeln. In der nunmehr gefälligen Vorstandswahl wurden bis auf zwei Kollegen, welche insolge ihrer Tätigkeit im Kartell ihr Amt niederlegten, alle einstimmig wiederverneuert. In einem Schlusswort wies Kollege Bergmann-Duisburg mit überzeugenden Worten darauf hin, daß ein jedes einzelne Mitglied seinen Stolz darin finden möge, für den inneren und äußeren Ausbau unseres Verbandes tätig zu sein. Nach 2 1/2 stündiger Dauer wurde die anregend verlaufene Generalversammlung vom Vorsitzenden mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Südensieben. Am 2. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, welcher uns zeigte, daß unsere Mitgliederzahl im letzten Jahre um das Doppelte gestiegen ist. Gerühmtermaßen haben wir unsere Ortsgruppe mit 7 Mitgliedern, im Laufe des Jahres waren wir auf 19 gestiegen, hiervon sind 3 wieder ausgeschieden und 3 abgereist, mithin blieben uns am Schluß des Jahres 13 Mitglieder. Versammlungen fanden 11 statt, Vorstandssitzungen 6. Alsdann wurde vom Schriftführer Kollege Dittmeier das Gründungs- und letzte Protokoll verlesen. Hierauf erstattete Kollege Simon den Kassenbericht, welcher von der Versammlung sowie Kollegen Theisen-Magdeburg, der zur Generalversammlung erschienen war, für gut befunden wurde; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Einnahmen für die Hauskasse betragen 259,30 Mk., die Ausgaben 38,23 Mk. einschließlich 15 Proz. für die Sozialkasse; an die Zentrale wurden abgehandelt 221,67 Mk. — Einnahmen der Sozialkasse 57,48 Mk., Ausgaben 45,84 Mk., mithin bleibt Sozialkassenbestand 11,64 Mk.

Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Heinz Döbner, als 2. Vorsitzender Paul Schlonzki, als Kassierer Wilh. Simon, als Schriftführer Rudolf Dittmeier, als Mediatoren Niels Gagemeyer und Lorenz Rohold und als Korrespondierende Paul Schlonzki und Heinrich Döbner. Alle Kollegen nahmen die Wahl dankend an. — Dann hielt uns Kollege Theisen-Magdeburg einen Vortrag über die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, welcher bei den Kollegen großen Beifall fand. Reht, Kollegen, heißt es, ein neues Jahr — neue Arbeit. Mit großem Mut wollen wir von neuem alle unsere Kräfte einsetzen, denn nur wenn wir alle arbeiten, ist es möglich, eine Ortsgruppe im Wachsen und Blühen zu erhalten und auf die Höhe zu bringen. „Kraftlos mußt du vorwärts streben, nie ermüdet müde stehen.“

Hadolfzell. Unsere General-Versammlung am 1. Februar war gut besucht. Aus dem vom Schriftführer erstatteten Jahresbericht ist hervorzuheben: Es fanden eine öffentliche und 24 Mitglieder-Versammlungen statt, außerdem 15 Ausschußsitzungen. Der Besuch der Versammlungen kann gut genannt werden. Die Ortsgruppe war an der Lohnbewegung bei der Firma Altmüller beteiligt, die mit einem Teilerfolg geendet hat. Am 1. Oktober wurde der 60 Pfennig-Wochenbeitrag eingeführt. Diese Gelegenheit benutzten mehrere unglückliche Kantonsisten als angehenden Beamten, um der Organisation den Rücken zu wenden. Trotzdem hat sich unsere Mitgliederzahl noch beinahe verdoppelt. Der vom Kassierer bekannt gegebene Kassenbericht ergab folgendes: Einnahme 825,60 Mk., Ausgabe 175,24 Mk., an die Hauptkasse abgehandelt 650,34 Mk. Bestand der Sozialkasse am Jahreschluß 49,62 Mk. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Suggeler 1. Kommissar 2. Vorsitzender, Busch Kassierer, Wöhrer Schriftführer. Sogel und Graf Mediatoren. Nach der Vorstandswahl richtete der Vorsitzende begeisterte Worte an die Versammlung, besonders betonend, daß jedes Mitglied die Pflichten des Gewerkschaftlers ernst nehmen und gewissenhaft erfüllen müsse. Vor allen Dingen unabhängig agitieren, heißt die Versammlungen besuchen, das Verbandsorgan aufmerksam lesen, die Beiträge pünktlich entrichten usw. Wenn dies alle Kollegen tun, wird unsere Ortsgruppe auch im kommenden Jahre wieder einen guten Schritt vorwärts kommen. In diesem Sinne wurde die schon verlaufene Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Reiße-Neuland (Schlesien). Unsere Kassenkette, lange Zeit das Schmerzgastind des hiesigen christlichen Ge-

werkschaftskartells konnte in der Generalversammlung am 1. Februar zum ersten Male mit Befriedigung auf die geleistete Arbeit, besonders im letzten Quartale zurückblicken. Die Mitgliederzahl hat sich nahezu verdoppelt und, was das Wichtigste ist, die Versammlungen werden von den Kollegen sehr fleißig besucht. Möge das auch im neuen Jahre so bleiben, weil dann wirkliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten möglich ist. Die Versammlungen finden regelmäßig alle vierzehn Tage statt. Am 1. Februar hatten wir das Vergnügen, unsern neuen Bezirksleiter Kollegen Schümmer in unserer Mitte begrüßen zu können.

Nach Erledigung der Tagesordnung und einigen einleitenden Worten des Herrn Arbeitersekretärs Hofmeyer über den Stand unserer Gesamtbewegung am hiesigen Orte, sprach Kollege Schümmer zunächst über Wählende im Bezirk, deren Abstellung im Interesse unserer Bewegung absolut notwendig ist. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen begründete er die Notwendigkeit der Organisation und bezeichnete die gegnerischen Organisationen vom Standpunkte der Verunft aus. Redner schloß seinen Vortrag mit der Mahnung an die Kollegen, stets treu zusammen zu halten und den Verband weiter auszuwehnen.

An uns liegt es nun, diese beherzigenswerten Worte in die Tat umzusetzen und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Metallarbeiter von Reisse und Neuland sich in den Reihen unseres Verbandes befindet. Dann wird es auch möglich sein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die am hiesigen Orte nach sehr im Regen liegen, so zu gestalten, wie es im Interesse unser aller notwendig ist.

Soziale Wahlen.

Mülheim-Kalk. Bei den am 13. Februar stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen fielen in den verschiedenen Orten auf die Kandidaten der einzelnen Organisationen folgende Stimmen: Mülheim 1802 christliche, 3040 sozialdemokratische, 138 Dirsch-Dunderische, Kalk 1109 christl., 2458 soziald., 195 S.-D.; Porz 291 christl., 311 soziald., 19 S.-D.; Dellbrück 173 christl., 343 soziald. und 10 S.-D.; S.-Gladbach 787 christl., 165 soziald., 13 S.-D.; Bensberg 421 christl., 4 soziald., 4 S.-D.; Solingensthal 252 christl., 11 soziald., 4 S.-D. Es wurden im ganzen abgegeben für die christliche Liste 4839, für die sozialdemokratische Liste 6325, für die Liste der Dirsch-Dunderischen Gewerkschaften 383 Stimmen. Die Sozialdemokraten erhalten von den 10 zu wählenden Beisitzern 6 die Christlichen 4 und die Dirsch-Dunderlichen gar keinen. Das Wahlergebnis ist für die christliche Arbeitererschaft unbefriedigend. Besonders für Kalk, wo noch ein Stimmsüßgang gegenüber der letzten Wahl zu verzeichnen war. Da ist eine ernsthafte Gewissensprüfung am Plage.

Sterbetafel.

Duisburg-Weidlich. Am Samstag 15. Febr. starb unser Kollege Jakob Barman: infolge von Darmgeschwüren und Blunnen im Alter von 47 Jahren.

Astfeld. Am 5. Februar starb unser Kollege Andreas Körner, Hüttenarbeiter, im Alter von 48 Jahren an Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

An eine Anzahl Ungeduldiger! Es ist mit dem besten Willen unmöglich, die eingehenden Berichte alle in „der nächsten Nummer“, wie es stets heißt, zu bringen. Die mehr oder minder erregten Beschwerden sind deshalb überflüssig und auch ganz erfolglos. Die Berichte werden in der Reihenfolge des Einlaufs veröffentlicht, soweit der Raum des Organes es gestattet und damit basta. Sollten wir alle auf einmal bringen, müßte dies Nr. mindestens 16seitig erscheinen sein, denn noch etwa 30 Berichte hatten ihrer Veröffentlichung und es laufen tagtäglich neue ein. Solcher „Bogen“ bildet den Säureboden jeder Redaktion. — Berichte von Dresden, Hildesheim und Neustadt-Mühlbach waren trotz aller vorhergegangenen Hinweise wieder auf beiden Seiten des Papiers beschreiben. Es scheint bald, als ob's mit Absicht geschehe. — Nach Berlin. Worten wir die nächste Nr. des Berliner „Arbeiter“ noch ab. Wenn er darin auf unsere Aufforderung nicht antwortet und den Beweis erbringt, was wir „in ganz niedriger Weise geschildert“ haben, werden wir ihm keine dreiste Verleumdungstafel öffentlich quittieren. — Nach Mülheim (Ahein). Hoffentlich wird das blamable Wahlergebnis einige Kasser Kollegen zur Einsicht bringen, daß mit kirchenspolitisch und Eigenliebe kein Schwung in die Massen zu bringen ist. — Kollege G. Weidlich. Da du leider keine Adresse angegeben, möchten wir dir an dieser Stelle mitteilen, daß der ingedruckte Artikel sehr gut ist, die angeführten Fälle aber zeitlich so weit zurückliegen, daß wir von einer Annahme des Artikels absehen müssen. — Nach Neustadt a. H. und anderwärts! Anfragen für den Versammlungskalender möge man stets auf ein besonderes Blatt Papier schreiben. Wenn die irgendwo in einem langen Artikel oder Brief verpackt hingeworfen sind, ist es leider möglich, daß sie erst dann gefunden werden, wenn es zu spät ist. So war es auch in dem Falle von Neustadt. Den Artikel müßt ihr Euch mithin selbst erteilen. — Kollege G. in Bageru. Bitte nicht, daß wir bei den jetzigen Unterstützungen mindestens 1 Mark Beihetrag zahlen müssen, und daß du da-

für eintreten willst, ehrt deinen Opferplan und Zeitlich. Hoffentlich gibt es viele Kollegen in unseren Reihen, die ähnlich denken und handeln werden.

Zweite Badische Gewerkschafts-Konferenz.

Auf Sonntag, den 29. März d. J. wird nach Offen- burg eine allgemeine Landeskonferenz der christl. Gewerkschaften Baden einberufen. Die Konferenz wird abgehalten im Hotel „Union“ und beginnt vormittags 10 Uhr Tages- Ordnung: 1. Entwicklung und Stand der christlichen Gewerkschaften Badens. Referent: Peter Tremmel, Mannheim. 2. Heimarbeit und Hausindustrie in Baden. Referent: Josef Groß, Schwab.-Gmünd. 3. Die Kulturmission der christlichen Arbeiterbewegung in der Gegenwart. Referent: Adam Stegemann, Köln. 4. Bericht über die dieser Konferenz können die Zahlstellen und Ortskartell- Delegierte entsenden. Kleinere Zahlstellen können gemein- schaftlich einen Delegierten wählen. Die Kosten müssen die Botalkassen übernehmen. Die Delegierten sollen bis spätestens 15. März bei dem Unterzeichneten angemeldet werden. Wünsche und Anträge sind ebenfalls bis dahin zu machen einzuwenden.

S. A.: Hermann Kammerer.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Für den südbayerischen Bezirk wird ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Derselbe muß mindestens zwei Jahre dem Verband angehören, rednerisch tüchtig sein sowie Erfahrung in der gewerkschaftlichen Verwaltungsarbeit besitzen.

Kollegen, welche darauf reflektieren, wollen Angaben über ihre seitherige Tätigkeit, Gehaltsansprüche, sowie einen Aufsatz: „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten“ spätestens bis zum 15. März an die Verbandsleitung in Duisburg, Seitenstraße 19, gelangen lassen.

Wieber, Verbandsvorsitzender.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen! Ein pflichtbewußter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen!

Astfeld. Sonntag, den 15. März, abds. 7 1/2 Uhr Familienabend bei Pinge.

Bachum. Sonntag den 8. März, nachm. 6 Uhr bei Supper-Versammlung.

Duisburg 2 (Ortsverwaltung). Sonntag, den 8. März nachm. 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus bei Hansen Generalversammlung mit Vortrag der Frau Michals, Düsseldorf. Fräulein mitbringen.

Dortmund-Union-Bezirk. Sonntag, 9. März 1/9 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Bof.

Eisenach. Samstag, den 14. Mitglieder-Versammlung Vereinslokal.

Essen-Steele. Sonntag, den 1. März vorm. 11 Uhr Versammlung im Verkehrslokal. Bonino, Chauffeur.

Essen-Sellwig. Sonntag, den 1. März nachm. 5 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Hoffstadt, Sternstr.

Essen-Goltschhausen. Sonntag, den 1. März abds. 6 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Dudner, Goltshausen.

Essen-Mittelfeld. Sonntag, den 8. März vorm. 11 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Wally, Hüttenstraße.

Essen-Ottrop. Sonntag, den 8. März vorm. 11 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Statrop, Chauffeur.

Essen-Werden. Sonntag, den 8. März vorm. 11 Uhr Versammlung im Verkehrslokal Kimmestamp, Ruhrstr.

Essen-Rod-Üh. Sonntag, den 8. März, abends 7 Uhr Versammlung im Verkehrslokal „Eiskeller“ Beußstr.

In dieser Sektion befinden sich folgende Kollegen, welche nördlich der Ruhr und der Viehstraße wohnen. Die Kollegen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Erkenichtw. Samstag, den 28. Febr. abends 8 Uhr Versammlung bei Kautsch.

Gelsenkirchen (Metzgergewerbe). Freitag, den 6. März abends 8 1/2 Uhr bei Kretz.

Gelsenkirchen Neustadt. Sonntag, den 8. März vorm. 11 Uhr bei Maxus Versammlung.

Gelsenkirchen Hülsen. Samstag, den 14. März abends 6 Uhr Versammlung bei Kautsch.

Gelsenkirchen Wulke. Samstag, den 14. März abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wulke.

Hattungen. Sonntag, den 1. März nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Haumer.

Serne. Sonntag, den 11. März, abends 8 1/2 Versammlung bei Kautsch.

Kalk. Sonntag, den 1. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Herrn Schorob.

Neustadt am Harde. Nächste Versammlung am Samstag den 1. März abends 1/9 Uhr im Lokale Lindenkeimer.

Oberhausen-Ethru u. Sonntag, den 1. März, nachm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Franz bei Ark.

Recklinghausen. Sonntag, den 1. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei West, Wäckerstr.

Sträßberg. Samstag, den 29. Febr. abends 1/9 Uhr Versammlung im „Adler“ mit Vortrag des Kollegen Kreiner.

Sehmatische. Sonntag, den 1. März morgens 11 Uhr Versammlung im Vereinslokal. N. des H. Protz über Unterhaltung.

Tenblitz. Sonntag, den 8. März nachm. 1/2 Uhr General-Versammlung bei Neuh. Vortrag des Kollegen Konrad-Nimber.

Hüterföchen. Sonntag, den 8. März, nachm. 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung. Referent Kollege Gerhard.

Sektion Hingit. Sonntag, den 1. März vorm. 11 Uhr Versammlung bei Herrn Jlos.

Witten. Sonntag, den 8. März, vorm. 11 Uhr bei Schumacher Versammlung.

Witten. Samstag, den 14. März abends 8 Uhr Versammlung bei Schumacher.

Wolfsbützel. Unsere Versammlungen finden jeden vierten Sonntag im Monat bei Ostermann, Schlossplatz 17 statt.